



Presseschau vom 27.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **IAEO-Leiter alarmiert: Ukraine ließ potenziell waffenfähiges Nuklearmaterial lange nicht inspizieren**

Im Kernkraftwerk Saporoschje lagern viele Tonnen angereichertes Uran und Plutonium, berichtete der Direktor der Internationalen Atomenergie-Organisation. Eine Inspektion durch die Behörde hat die Ukraine schon alarmierend lange verweigert. Die Inspektoren befürchten daher, dass möglicherweise waffenfähiges Nuklearmaterial aus dem Lager verschwinden könne. ...

<https://kurz.rt.com/2zlt> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Wladimir Putin spricht beim Eurasischen Wirtschaftsforum in Bischkek (Deutsche Simultanübersetzung)**

Russlands Präsident Wladimir Putin nahm am Donnerstag per Online-Schalte an der Plenarsitzung des ersten Eurasischen Wirtschaftsforums in Bischkek, Kirgisistan, teil. RT DE hat die Veranstaltung auf Deutsch übertragen.

<https://kurz.rt.com/2zmt> bzw. [hier](#) oder [hier](#) (nur Video)

Susan Bonath: **Armenbashing: Wie Medien und Politiker auf das teilweise Aussetzen der Hartz-IV-Sanktionen reagieren**

Der Bundestag hat beschlossen, einen Teil der Hartz-IV-Sanktionen vorübergehend aufzuheben. Das bringt die Front der Neoliberalen zum Kochen. Medien und Politiker greifen dabei zu bekannten Kniffen: Lohnabhängige gegeneinander ausspielen und Vorurteile schüren. ...

<https://kurz.rt.com/2zjj> bzw. [hier](#)

Wolfgang Bittner: **Das Ziel ist ein "Regime Change" in Moskau**

Schon 1983 hatte Ronald Reagan die Sowjetunion kurzerhand zum "Reich des Bösen" erklärt. Damit sollten alle Aggressionen und Sanktionen gegen die damalige Sowjetunion vor den Augen der Weltöffentlichkeit gerechtfertigt werden. Heute wird mit denselben Mitteln gegen Russland und vor allem gegen dessen Präsidenten gehetzt. ...

<https://kurz.rt.com/2zmp> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:30 de.rt.com: **Foreign Policy: Westen übergibt zerlegte Su-25-Flugzeuge an die Ukraine**

Eine Gruppe westlicher Militärexperten soll sowjetische Su-25-Kampfflugzeuge und Mi-17-Hubschrauber zerlegt haben, um sie an die ukrainischen Truppen weiterzugeben. Dies berichtet das Magazin Foreign Policy. Die Nachrichtenagentur präzisierte jedoch nicht, um welche Länder es sich handelt. In dem Artikel heißt es:

"Eine Gruppe von Experten, die auf dem Gebiet in Osteuropa tätig sind, half auf Anweisung des Europäischen Kommandos der US-Streitkräfte bei der Demontage sowjetischer Su-25-Flugzeuge Frogfoot und Mi-17-Hubschrauber, damit diese in die Ukraine geschickt werden konnten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628fbb6848fbef0fe50ba8f6.jpg>

21:30 (20:30) novorosinform.org: **"Ukrainisierung der Leberwurst": Medwedew verspottete Selenskijs "Hahn-Rhetorik"**

Der Präsident der Ukraine stelle kategorische und unerfüllbare Bedingungen über die Rückgabe von Donbass und der Krim für einen Waffenstillstand, und der deutsche Bundeskanzler solidarisiere sich mit Selenskijs „Hahn-Rhetorik“, stellte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation fest.

Wladimir Selenskij wolle unter allen Umständen die Krim und den Donbass ukrainisch machen, ohne sich für die Meinung der Bewohner dieser Regionen zu interessieren und ohne in dieser Frage Kompromisse einzugehen. Gleichzeitig „singe“ ihm Bundeskanzler Olaf Scholz vor, die BRD werde den „von Russland aufgezwungenen Friedensvertrag nicht akzeptieren“, dränge Selenskij zu weiteren „unzureichenden Entscheidungen“, so der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew in seinem Telegram-Kanal.

Zudem beantwortet Medwedew in seiner Botschaft die Frage, warum Scholz die Ukraine „unterstützt“:

„Das polnisch-preußische Bündnis, das mit aller Macht die Situation eskaliert und den geistesgestörten Selenskij zu immer katastrophaleren Äußerungen und Aktionen drängt, ist sehr förderlich, wenn die Ukraine als Staat nicht auf der Landkarte steht. Was zurückbleiben wird, sind schlecht gelegene Fabriken, Felder, Minen, strategischer Raum und Humanressourcen“.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates merkte auch an, Selenskij hätte auf den ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger hören sollen, der Kiew zuvor zu Zugeständnissen in den Verhandlungen mit Moskau aufgefordert hatte, bis weltweit „zu viele Spannungen“ entstanden seien.

"In diesem Fall würde ein junger Hahn gut daran tun, auf einen erfahrenen Falken zu hören. Übrigens war der ehrwürdige alte Mann über die Jahre hinweg nicht für seine Sympathien für Russland bekannt, aber er dachte immer rational", schrieb Medwedew.



https://novorosinform.org/content/images/52/75/45275_720x405.jpg

20:47 de.rt.com: **Google schaltet mehrere Server in Russland ab**

Mehrere Internetanbieter in Russland wurden von Google informiert, dass der IT-Konzern Server deaktiviert habe, die das Laden von Suchmaschinendiensten beschleunigen. Das berichtet die Wirtschaftszeitung RBK.

Der US-Technologiekonzern Google hat mehrere russische Internetdienstleister über Pläne informiert, die Verträge für die Wartung der Google Global Cache-Server zu kündigen. Das berichtete die Wirtschaftszeitung RBK am Donnerstag unter Berufung auf Quellen im Telekommunikationsmarkt.

Die genannten Server werden verwendet, um das Laden von Google-Seiten einschließlich YouTube-Inhalten zu beschleunigen und den grenzüberschreitenden Datenverkehr zu reduzieren, indem hochgeladene Daten zwischengespeichert werden. Hierdurch werden die Kosten für die Netzwerkinfrastruktur gesenkt.

Ein Vertreter des in der russischen Stadt Orenburg ansässigen Anbieters Radioswjas bestätigte RBK, dass betroffene Server am 19. Mai abgeschaltet wurden und einige Tage später eine entsprechende Benachrichtigung eingegangen sei. Die Quelle nannte keine Gründe für die Abschaltung, vermutete aber, dass Google den Betreiber möglicherweise für zu klein hielt. Einer anderen Quelle zufolge erhielt der Telekommunikationsanbieter MFTI dieselbe Benachrichtigung. Die Quelle brachte die Abschaltung der Server mit der Tatsache in Verbindung, dass der Anbieter im Rahmen von Sanktionen auf die schwarze Liste russischer Unternehmen in den USA gesetzt worden war.

Das Blatt wies darauf hin, man von Google keine Bestätigung zur Tatsache der Abschaltung erhalten habe.

Vertreter von Rostelekom, Russlands größtem Internetanbieter, sowie von MTS und Megafon erklärten RBK, dass die Google-Server wie gewohnt weiterarbeiten würden.

Anfang des Monats hatte die russische Tochtergesellschaft von Google, Google LLC, ein Konkursverfahren eingeleitet. Nach Angaben eines Vertreters des Unternehmens ist es nicht mehr in der Lage, die Arbeit der russischen Niederlassung zu gewährleisten, da das Bankkonto des Unternehmens nach einem Rechtsstreit mit dem Fernsehsender NTV gesperrt wurde. Ein Google-Vertreter kündigte jedoch später an, dass das Unternehmen den russischen Nutzern trotz des Konkurses der russischen Tochtergesellschaft weiterhin seine kostenlosen Dienste wie die Suchmaschine, YouTube, Gmail, Google Maps und Google Play zur Verfügung stellen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f5559b480cc475b5f0f0a.jpg>

20:50 de.rt.com/iz.ru (Bild): **Ex-Polizeichief von Cherson im Interview: BBC zahlte 10.000 US-Dollar für antirussische Aussagen**

Russische Medien veröffentlichten Aussagen des ehemaligen Polizeichiefs von Cherson, Walentin Gladkij, der in einem Interview zugegeben hatte, Bestechungsgelder in Höhe von 10.000 Dollar vom britischen Fernsehsender BBC erhalten zu haben. Cherson ist derzeit die einzige ukrainische Gebietshauptstadt, die sich unter russischer Kontrolle befindet.

Im [Gespräch](#) mit dem Korrespondenten der russischen Zeitung Izwestija, Leonid Kirtar, gab Gladkij zu, in März für BBC-Journalisten gewünschte Aussagen über antirussische Proteste in Cherson gemacht zu haben.

"Die BBC-Journalisten erklärten mir, ich solle in dem Interview behaupten, dass die gesamte Bevölkerung von Cherson dem russischen Militär gegenüber negativ eingestellt sei. Sie boten an, auf Bargeldbasis zu kooperieren, und wir einigten uns auf 5.000 \$. Danach habe ich das Interview gegeben. "

Gladkij wurden ihm zufolge zusätzliche 5.000 US-Dollar für die Organisation einer antirussischen Kundgebung in Cherson angeboten. Dies sei leicht verdientes Geld gewesen, sagte er. Der Ex-Polizist vermutete, dass hinter der Bestechungsaktion Geheimdienste der "Angelsachsen" standen, die Interesse an einer Destabilisierung der Region hätten.

Gladkij wies auch darauf hin, dass er die Aktion damals für sich persönlich und die Ukraine für richtig hielt.

Die Angaben des Ex-Polizeichiefs lassen sich durch andere Quellen nicht überprüfen.

Izwestija zeigte jedoch kurze Videoausschnitte aus dem BBC-Interview mit Gladkij. In ukrainischen Medien finden sich Hinweise, dass die Person namens Walentin Gladkij tatsächlich das Amt des Polizeichiefs von Cherson innehatte. Gladkij teilte gegenüber einem [lokalen Nachrichtenportal](#) im März 2016 mit, dass die Chersoner Polizei 4.000 Aktivisten des Antimaidans verhört habe.



https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-05/324234.jpg?itok=A_z8LoAd

21:05 de.rt.com: **Arestowitsch: Liman nach unbestätigten Berichten verloren**

Der ukrainische Präsidentenberater Alexei Arestowitsch hat erklärt, dass die Stadt Kransy Liman offensichtlich unter die Kontrolle der russischen Streitkräfte gekommen sei. Wörtlich hieß es:

"Unbestätigten Berichten zufolge haben wir nördlich davon die Stadt Liman verloren."

In diesem Zusammenhang gab der Politiker zu, dass die Eroberung der Stadt die Fähigkeiten der russischen Kommandeure beweise:

"Dies zeigt im Prinzip das höhere Niveau der operativen Führung und der taktischen Fähigkeiten der russischen Armee."

21:18 de.rt.com: **Damaskus verurteilt türkische Pläne zur Ausweitung der Besatzungszone als "Kriegsverbrechen"**

Das syrische Außenministerium hat die Ankündigung Recep Tayyip Erdoğan, die türkische Besatzungszone im Norden Syriens auf eine Breite von 30 Kilometern auszuweiten, scharf verurteilt. Damaskus rief die internationale Gemeinschaft auf, diese "Aggression" zu verurteilen.

Die syrische Regierung hat am Mittwoch bekräftigt, dass sie die Versuche der Türkei, eine sogenannte "sichere Zone" auf syrischem Gebiet zu errichten, als einen "aggressiven, kolonialen Akt" betrachtet, wie die amtliche syrische Nachrichtenagentur SANA berichtet. Mit diesem Schritt versuche das "Regime" Recep Tayyip Erdoğan, ein Gebiet innerhalb Syriens zu schaffen, in dem es gegen das syrische Volk gerichtete terroristische Organisationen sponsere und bewaffne und ihnen Rückhalt für ihre Tätigkeiten geben kann. Jegliche Aktionen der Türkei auf syrischem Boden seien illegitim und hätten keinerlei rechtliche Grundlage. Sie stellen "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" dar, da sie auf "Aggression, Besetzung, ethnische und sozialer Säuberung, Vertreibung und Verdrängung der einheimischen Bevölkerung, Beschlagnahme ihres Eigentums, ihrer Häuser und ihres Landes sowie der Bedrohung ihres Lebens und ihrer Zukunft" beruhen.

In einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Präsidenten des Sicherheitsrates erklärte das syrische Außenministerium zu den jüngsten Ankündigungen Erdoğan, eine "sichere Zone" in Nordsyrien errichten zu wollen, dass "Aggression, Besetzung und ethnische Säuberung die einzige rechtliche und realistische Bezeichnung für die illegale türkische Präsenz auf dem syrischen Hoheitsgebiet" seien.

Das Ministerium betonte, dass Syrien sich das Recht vorbehalte, alle notwendigen

Maßnahmen zu ergreifen, die in der UN-Charta und im Völkerrecht vorgesehen sind, um die von der türkischen Regierung verübten "aggressiven" Akte der Besetzung syrischen Territoriums und die "ethnischen Säuberungen" zu beenden.

Damaskus erklärte, dass die Souveränität, die Unabhängigkeit, die Sicherheit und die territoriale Integrität Syriens nicht als Erpressungs- und Verhandlungsmasse zwischen dem "radikalen politischen Regime, das die Türkei" beherrsche und den regionalen und internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohe, und einer "kolonialen NATO", die in unverantwortlicher Weise versuche, die Reichweite des Konflikts auf diese Region der Welt auszudehnen, dienen sollte.

Das syrische Außenministerium warnte zudem andere Regierungen, Einzelpersonen und nichtstaatliche sowie internationale Organisationen vor den rechtlichen Konsequenzen, die sich aus der Beteiligung an der Finanzierung von Projekten und Programmen, die von der türkischen Regierung in den besetzten syrischen Gebieten durchgeführt werden, ergeben würden.

Syrien warnte auch die kurdischen Kräfte im Nordosten des Landes davor, der türkischen Regierung falsche Ausreden zu geben, um ihre Kolonialpolitik und Pläne in Syrien zu rechtfertigen.

Das Ministerium schloss sein Schreiben mit der Aufforderung an die Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten, diese "gefährliche Angelegenheit" ernstzunehmen und zu den illegalen Aktionen Ankaras nicht zu schweigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628fc937b480cc261e19f2aa.jpeg>

22:00 de.rt.com: **Putin besucht verwundete Soldaten in Moskauer Militärkrankenhaus**

Der russische Präsident Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergei Schoigu besuchten am Mittwoch verwundete russische Soldaten, die an einer Militäroffensive in der Ukraine teilgenommen hatten, im Zentralen Militärkrankenhaus in Moskau. Auf den Aufnahmen ist zu sehen, wie Putin mit den im Krankenhaus behandelten Patienten spricht, sich nach ihren Familien und Zukunftsplänen erkundigt und ihnen eine schnelle Genesung wünscht.

Der russische Präsident sprach auch mit den Ärzten und erkundigte sich, ob das Krankenhaus über alles Notwendige verfügt. "Alle Fragen werden von der Leitung umgehend gelöst. Es gibt hier keine Probleme. Wir haben die nötige Ausrüstung, Medikamente, Verbandsmaterial und moderne Geräte", sagten die Ärzte.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456254052&hash=d6161a6049430256" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

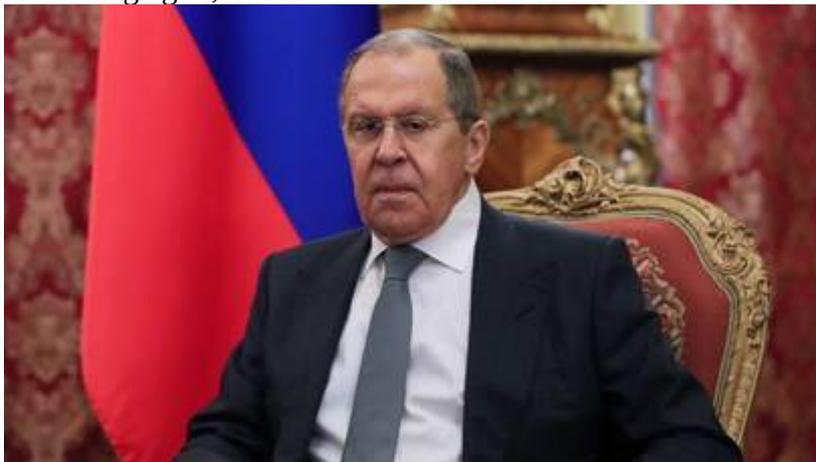
https://vk.com/video-134310637_456254052

22:15 de.rt.com: **Lawrow warnt Westen vor Lieferung von Waffen an Kiew, die Russland treffen können**

Die Versorgung Kiews mit Waffen, die Russland treffen können, würde zu einer inakzeptablen Eskalation führen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Moskau habe die westlichen Länder bereits vor den Folgen gewarnt, so Lawrow weiter:

"Der Westen hat dazu aufgerufen, Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, und um den Krieg fortzusetzen, müssen sie die ukrainischen Nazis, das ukrainische Regime mit Waffen versorgen – auch mit Waffen, die Russland erreichen können. Das ist genau die Art von Waffen, die Selenskij öffentlich fordert. Und wir haben den Westen davor auf das Schärfste gewarnt."

Der Minister äußerte die Hoffnung, dass die "vernünftigen Köpfe" im Westen, von denen "es noch einige gibt, dies verstehen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628fd89c48fbef0b8c3deea1.jpg>

22:18 de.rt.com: **Peking: Militärübung vor Taiwan nach Biden-Aussage über "Verteidigung" der Insel durch USA**

Wenige Tage, nachdem US-Präsident Joe Biden angekündigt hatte, die Insel Taiwan militärisch vor einem möglichen Versuch Pekings zu "schützen", die Insel mit China wiederzuvereinigen, führt die Volksrepublik im möglichen Konfliktgebiet eine Militärübung durch.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat am Mittwoch eine weitere großangelegte Militärübung in der Umgebung der Insel Taiwan bekannt gegeben, wie die chinesische Zeitung Global Times berichtete. Es handelt sich bereits um die zweite solche Übung in diesem Monat. Chinesische Analysten verkündeten, dass es sich um eine starke Antwort auf die Worte des US-Präsidenten Joe Biden handle, der vor wenigen Tagen behauptet hatte, die USA würden militärisch intervenieren, sollte das chinesische Festland Schritte zur militärischen Wiedervereinigung mit der Insel unternehmen. Biden musste seine Aussage später jedoch dementieren.

Die chinesischen Experten betonten gegenüber Global Times, dass Taiwan als isolierte Insel geographische Schwächen aufweise und bei einem längeren Krieg nie zu einem US-Satelliten werden könne, wie es die Ukraine geworden sei. Zudem bekräftigten sie, dass die Gefechtspläne der Volksbefreiungsarmee mit jeder Übung reifer würden.

Oberst Shi Yi, der Sprecher des Ostkommandos der Volksbefreiungsarmee, erklärte am Mittwoch in einer Pressemitteilung, dass die chinesische Armee mehrere gemeinsame Übungen verschiedener Militärzweige in den Gewässern und im Luftraum rund um Taiwan veranstaltet habe. Shi betonte ausdrücklich, dass es sich um eine "ernste Warnung" in Richtung der USA und der "taiwanesischen Sezessionisten" handle, denen er vorwarf, heimliche Absprachen zu treffen. Die USA würden die taiwanesischen Unabhängigkeitskräfte unterstützen. Das sei jedoch ein vergebliches und gefährliches Unterfangen. Den USA würden

ernste Konsequenzen drohen.

Wang Wenbin, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte auf einer Pressekonferenz am Mittwoch, dass die USA durch das Aushöhlen des Ein-China-Prinzips, durch die offene und verdeckte Unterstützung und Ermunterung secessionistischer Aktivitäten in Taiwan die Beziehungen zwischen China und USA dermaßen verschlechtern würden, dass eine Verbesserung der Situation nicht mehr möglich wäre. Das würde für die USA zudem untragbare Kosten verursachen, so Wang weiter.

Der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, Oberst Tan Keifi, erklärte zudem, dass die Übungen rund um Taiwan auf die Zusammenarbeit zwischen den USA und den taiwanesischen Sezessionisten abzielen. Es handle sich um Schritte, die nötig geworden seien, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität Chinas zu verteidigen. Die Volksbefreiungsarmee sei bereit für den Schlachtruf und werde alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um der Einmischung externer Kräfte und den Sezessionsbestrebungen der taiwanesischen Unabhängigkeitsaktivisten zu entgegnen.

Nicht nur die taiwanesischen Unabhängigkeitskräfte, sondern auch externe Störer wie die USA und Japan sollten erkennen, dass die chinesische Armee stark genug ist, dass weder die Streitkräfte auf der Insel Taiwan noch die Streitkräfte anderer Länder – einschließlich der USA – Peking an der Wiedervereinigung mit der Insel hindern können. Die Volksbefreiungsarmee verfüge über überwältigende militärische Vorteile, so ein anonymes chinesisches Militärexperte.

Bereits am Dienstag hatten China und Russland das vierte Jahr in Folge eine regelmäßige gemeinsame strategische Luftpatrouille im asiatisch-pazifischen Raum durchgeführt und Bomber über das Japanische Meer, das Ostchinesische Meer und den Westpazifik geschickt. Diese Operation sei jedoch nicht gegen eine dritte Partei gerichtet und stehe nicht im Zusammenhang mit aktuellen internationalen oder regionalen Situationen, sagte Oberst Wu Qian, ein Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch.

Mit der zunehmenden Zahl von Übungen werde die PLA immer vertrauter mit Kampfplänen für verschiedene Situationen, auch für den Fall einer militärischen Einmischung von außen. Sollten die Kräfte der "taiwanesischen Unabhängigkeit" und der externen Einmischung versuchen, Taiwan vom Mutterland zu trennen, wäre die PLA sofort bereit, eine Militäroperation zu starten, so Song Zhongping, ein chinesisches Militärexperte und Fernsehkommentator, am Mittwoch der Global Times.

Möglicherweise würden die USA das Modell der Ukraine kopieren und einen Stellvertreterkrieg um Taiwan anzetteln. Die Insel sei aufgrund ihrer geografischen Lage dafür jedoch nicht geeignet, so Zhuo Hua, Experte für internationale Angelegenheiten an der der Beijing Universität für Ausländische Studien.

Da die Insel vom Meer umgeben ist, könne sie von der PLA leicht blockiert werden, sagte Zhuo. Das bedeutet, dass die Insel keinen langwierigen Krieg führen könne und durch die Blockade die Insel auch keine militärische Hilfe aus den USA oder anderen Ländern erreichen könnte, so die Analysten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628f9a04b480cc4c7578f89f.jpeg>

22:41 de.rt.com: **Gestürzter pakistanischer Ministerpräsident stellt Ultimatum für Neuwahlen**

Pakistans gestürzter Ministerpräsident Imran Khan forderte die Regierung, die er als "importiert" bezeichnete, dazu auf, die Provinzparlamente aufzulösen und Neuwahlen abzuhalten. Andernfalls wolle er mit Millionen von Menschen in sechs Tagen in die Hauptstadt marschieren.

Der ehemalige pakistanische Premierminister Imran Khan hat die Regierung des Landes am Donnerstag gewarnt, er werde in sechs Tagen mit Millionen von Menschen in die Hauptstadt marschieren, wenn bis dahin nicht die regionalen Parlamente aufgelöst und Neuwahlen abgehalten werden.

Khan stellte das Ultimatum auf einer Kundgebung mit Tausenden von Demonstranten in Islamabad, wo er den Sturz der "importierten Regierung" forderte, die ihm zufolge von ausländischen Mächten unterstützt werde.

Der ehemalige Cricket-Star war über dreieinhalb Jahre lang pakistanischer Premierminister, bevor er im vergangenen Monat durch ein Misstrauensvotum des Parlaments abgesetzt wurde. Er besteht darauf, dass seine Amtsenthebung von den USA in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der derzeitigen Regierung unter Premierminister Shehbaz Sharif inszeniert wurde.

Khan deutete an, dass er von US-Beamten bedroht worden sei, weil er sich geweigert habe, sich der Forderung Washingtons zu beugen, die Sanktionen gegen Russland wegen dessen Vorgehen in der Ukraine zu unterstützen.

Seit seiner Absetzung hat Khan mehrere Kundgebungen im ganzen Land abgehalten und "alle Pakistaner" dazu aufgerufen, auf die Straße zu gehen, um "eine Botschaft an ganz Pakistan zu senden, dass das Volk diese importierte Regierung ablehnt".

Am Mittwoch erklärte Khan, er werde zusammen mit Tausenden von Anhängern an einer Sitzdemonstration im Zentrum von Islamabad teilnehmen, bis seine Forderungen erfüllt seien. Am Donnerstagmorgen jedoch, nachdem die Behörden das Militär zum Schutz des Stadtzentrums angefordert hatten, kündigte er an, Islamabad verlassen und in sechs Tagen mit "der ganzen Nation" zurückkehren zu wollen, falls keine Neuwahlen abgehalten würden. Er beschuldigte die Regierung, das Land "in Richtung Anarchie" zu führen und zu versuchen, eine Kluft zwischen dem Volk und der Polizei zu schaffen.

"Ich hatte beschlossen, dass ich hier sitzen bleibe, bis die Regierung die Versammlungen auflöst und Wahlen ankündigt. Aber was ich in den letzten 24 Stunden gesehen habe, zeigt, dass sie (die Regierung) die Nation in Richtung Anarchie führt", schilderte er gegenüber der pakistanischen Zeitung Dawn.

Khan verurteilte die Regierung dafür, dass sie versuche, friedliche Demonstranten zum

Schweigen zu bringen und einzuschüchtern, indem sie ihre Häuser durchsuchte und Menschen verhaftete, die an dem Marsch seiner Partei teilnahmen.

"Die Regierung hat mit allen Mitteln versucht, unseren Azadi-Marsch zu unterdrücken, sie hat Tränengas gegen den friedlichen Protest eingesetzt, unsere Häuser wurden durchsucht und die Privatsphäre der Häuser wurde verletzt.

Khan wies darauf hin, dass drei Demonstranten bei Demonstrationen in Karatschi ums Leben gekommen seien, während zwei weitere von einer Brücke gestürzt und Tausende von Menschen verhaftet worden seien, nachdem einige der Demonstrationen im Land in Gewalt umgeschlagen waren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628fd23c48fbef044e71c48b.jpeg>

vormittags:

7:00 de.rt.com: Bei Beschuss im Gebiet Belgorod durch ukrainisches Militär verwundete Frau gestorben

Eine Frau, die beim Beschuss des Dorfes Schurawljoska im russischen Gebiet Belgorod am Donnerstag verwundet worden war, ist gestorben. Wie der Gouverneur der Region Wjatscheslaw Gladkow der Nachrichtenagentur TASS mitteilte, gelang es trotz medizinischer Hilfe nicht, ihr Leben zu retten. Gestern wurde laut Gladkow ein weiterer Mann verwundet. Der Gouverneur rät, auf Besuche der an der Grenze liegenden Dörfer, darunter Schurawljoska, zu verzichten. Er wies darauf hin, dass seit dem 23. März dort der Notstand gelte und die Bewohner in die Stadt Belgorod evakuiert seien. Nichtsdestotrotz würden einige Bewohner für landwirtschaftliche Arbeiten zurückkehren und dabei ihr Leben riskieren.

8:19 (7:19) novorosinform.org: Kräfte der DVR vertrieben die ukrainische Armee aus einem wichtigen befestigten Gebiet in der Nähe von Awdejewka – Sladkow

Von diesen Positionen aus beschossen ukrainische Kämpfer lange Zeit das Territorium der DVR, berichtete der Kriegskorrespondent der Allrussischen staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft Alexander Sladkow.

Die ukrainischen bewaffnete Formationen wurden von den Streitkräften des Bataillons „Pulja“ und der 100. separaten motorisierten Schützenbrigade der DVR aus den Befestigungen in der Nähe von Awdejewka vertrieben, [schrieb](#) Alexander Sladkow in seinem Telegram-Kanal.

„Wie oft habe ich ukrainischen Beschuss aus diesen verdammten Nestern ertragen müssen. Jetzt gehören sie uns, das Pulja-Bataillon und die 100. Brigade haben sie eingenommen“, schrieb der Korrespondent.

Während der Kämpfe habe die Volksmiliz der DVR Verluste erlitten, aber der Vormarsch der Truppen im Gebiet Awdejewka gehe weiter, bemerkte Sladkow.



https://novorosinform.org/content/images/52/84/45284_720x405.jpg

7:30 de.rt.com: **Russischer Grenzschutz: 250 Nationalisten unter ukrainischen Flüchtlingen festgenommen**

In einem Interview an die Zeitung Rossijskaja Gazeta hat der Leiter des russischen Grenzschutzes Wladimir Kulischow erklärt, dass sich unter den ukrainischen Flüchtlingen, die nach Russland kommen, auch Nationalisten und ehemalige Kombattanten befinden: "Seit Mitte Februar sind mehr als 1,2 Million russische und ukrainische Staatsbürger aus der Ukraine nach Russland eingereist. Rechtsradikale und nationalistische Elemente, darunter ehemalige Kombattanten, die sich als Flüchtlinge ausgeben, versuchen auch, in unser Land einzudringen."

Laut Kulischow machten Mitarbeiter des russischen Grenzschutzes bisher etwa 250 solcher Personen unter den Flüchtlingen fest.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62905fe0b480cc19db5a3f92.jpg>

8:00 de.rt.com: **Saporoschje stellt auf Moskauer Zeit um**

Das Gebiet Saporoschje hat auf die Moskauer Zeit umgestellt. Es werde keine Uhrumstellungen auf Winter- und Sommerzeit mehr geben, wie es der Fall war, als die Region unter ukrainischer Kontrolle stand, erklärte ein Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung der Region, Wladimir Rogow, gegenüber RIA Nowosti. Er teilte auch mit, dass im befreiten Teil des Gebiets derzeit eine verstärkte Nachfrage nach der russischen Staatsbürgerschaft zu verzeichnen sei. Rogow sagte:

"Im Gebiet Saporoschje wird ein Ansturm auf die russische Staatsbürgerschaft verzeichnet.

Die Leute kommen zu Hunderten und fragen, wohin sie ihre Dokumente bringen sollen. Sie sagen, dass sie zu den ersten gehören wollen, die russische Staatsbürger werden. Gleichzeitig gibt es eine sehr große Zahl von Antragstellern aus der Stadt Saporoschje, die noch unter der Kontrolle des Selenskij-Regimes steht."

Laut Rogow wurde in der Region bereits die notwendige Infrastruktur geschaffen, um mit der Bearbeitung der Anträge zu beginnen.

Darüber hinaus wies das Militär auf die Notwendigkeit hin, die ukrainischen Militärstützpunkte im Asowschen Teil der befreiten ukrainischen Gebiete, darunter den Marinestützpunkt Wostok in Berdjansk und ein Luftwaffenstützpunkt in Melitopol, an Russland zu übergeben, um die Sicherheit der Einwohner zu gewährleisten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 27.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

24 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

2 Panzer;

7 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt weiter zivile Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinerlei Gefahr für den Gegner darstellt und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 52 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und 82mm-Mörser auf Perwomajsk und Molodjoshnoje abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz strebt danach, das Leben der ukrainischen Soldaten zu schützen und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so setzen die Artillerieeinheiten der Volksmiliz die Maßnahmen fort, Agitationsflugblätter auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte abzuschießen.

Außerdem hat der Leiter der Volksmiliz der LVR gestern einen Besuch an den Frontpositionen bei Charkow gemacht und **Soldaten, die sich bei den Kampfhandlungen besonders ausgezeichnet haben, staatliche Auszeichnungen überreicht.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie an frontnahe Ortschaften der Republik.

8:30 de.rt.com: **Ukrainischer Botschafter Melnik wirft Scholz "fehlende Führungskraft und Courage" vor**

Der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrei Melnik hat sich vom Auftritt von Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos enttäuscht gezeigt und ihm mangelnde Führungskraft sowie eine Missachtung ukrainischer Interessen vorgeworfen. Melnik wird von der Bild-Zeitung am Freitag zitiert:

"Militärisch wird die Ukraine von Berlin schlicht und einfach im Stich gelassen."

Man habe sich in Kiew erhofft, aus der Rede von Scholz in Davos "herauszuhören, mit welchen ganz konkreten Schritten die Ampel uns massiv unterstützen wird, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnt". Doch das sei nicht erfolgt. Der Botschafter ferner:

"Leider war das eine Fehlanzeige, vor allem in Bezug auf sofortige Lieferung von schweren Waffen aus Deutschland, um die Riesenoffensive der Russen im Donbass zu ersticken."

Er griff Scholz dem Blatt zufolge auch direkt an:
"Dazu fehlen wohl die Führungskraft und Courage."

Auch beim Thema der Beitrittskandidatur der Ukraine zur EU habe es "leider keine ermutigenden Signale an die Ukrainer" gegeben, so Melnik.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62906df8b480cc19e9546b1c.jpg>

9:00 de.rt.com: **DVR-Oberhaupt Puschilin verkündet Verstaatlichung von Unternehmen, die ukrainische Nationalisten finanzierten**

Unternehmen von ukrainischen Investoren in befreiten Gebieten der Volksrepublik Donezk, die nationalistische Bataillone finanziell unterstützten, sollen verstaatlicht werden. Dies verkündete das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einem Interview mit RIA Nowosti. Puschilin erklärte, dass für jedes Unternehmen eine Einzelfallbetrachtung durchgeführt werde. Grundsätzlich sollen Investoren, die sich trotz Sanktionen an einem Unternehmen beteiligen möchten, diese Möglichkeit weiterhin erhalten. Dennoch werden ausländische und besonders ukrainische Investoren von den Rechtspflegebehörden der Republik auf eventuelle Finanzierung ukrainischer nationalistischer Organisationen überprüft. Sollte sich ein entsprechender Verdacht bestätigen, werde das Unternehmen verstaatlicht, erklärte Puschilin: "Falls es eine direkte Finanzierung der nationalistischen Bataillone gab, dann ist es im Grunde eine direkte Teilnahme am Genozid unserer Bürger. Und das Schicksal solcher Unternehmen wird ganz anders entschieden. Falls eine Teilnahme an der Finanzierung nationalistischer Organisationen festgestellt wird, werden solche Unternehmen natürlich in Staatseigentum übergehen."

10:33 (9:33) **novorosinform.org: Einwohner von Mariupol wollen keinen Wiederaufbau von Asowstal – Puschilin**

Die Asowstal-Anlage sei der größte Umweltverschmutzer in der Stadt und habe Mariupol daran gehindert, ein Ferienort zu werden, sagte Denis Puschilin, Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, gegenüber RIA Novosti.

Die Stadt hatte alle anderen dafür notwendigen Merkmale, das einzige Hindernis war die Anlage, die die Umwelt belastete. Die schlechte Ökologie in der Stadt trage zum Anstieg der Zahl der Krebserkrankungen bei, fügte Puschilin hinzu.

Das Oberhaupt der DVR wies auf die Bedeutung der Erhaltung von Arbeitsplätzen für die Einwohner von Mariupol hin. Zu diesem Zweck arbeiteten Spezialisten bereits an einem Programm zur Inbetriebnahme der nach Werke „Iljitsch“ und „Asowmasch“.



https://novorosinform.org/content/images/52/89/45289_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 27.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 334 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **4 Zivilisten verletzt**. 27 Wohnhäuser, 3 zivile Infrastrukture Objekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 68 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition einer 122mm-Artilleriehaubitze D-30, 5 mobile 120mm-Mörser, 2 Panzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. 2 Schützenpanzer, eine 122mm-Artilleriehaubitze D30, ein Abwehrgeschütz SU-23-2 und ein Lastwagen wurden erbeutet.

10:05 de.rt.com: **DVR plant Wiederaufbau der Flughäfen von Donezk und Mariupol**

Die Behörden der Volksrepublik Donezk haben vor, die Flughäfen von Donezk und Mariupol wieder in Betrieb zu nehmen. Dafür würden die notwendigen Wiederaufbauarbeiten vorgenommen, sagte DVR-Chef Denis Puschilin im Gespräch mit RIA Nowosti. Zunächst müsse jedoch die Flugsicherheit gewährleistet werden. Puschilin erklärte:

"Es ist bisher wahrscheinlich problematisch, ein genaues Datum zu nennen, da die Hauptaufgabe für uns darin besteht, die verfassungsmäßigen Grenzen zu erreichen. Und alles wird natürlich auf die Flugsicherheit von Flugzeugen, Hubschraubern und Sonstigem ankommen."

Außerdem gab Puschilin bekannt, dass die Fachkräfte zurzeit ein Programm zur Inbetriebnahme zweier wichtiger Industriestätten in Mariupol entwickeln. Hierbei handele es sich um die Iljitsch Eisen- und Stahlwerke und den Maschinenbaukonzern Asowmasch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290759748fbef061322f597.jpg>

Ein Mosaikbild im Terminal des Flughafens von Mariupol, das von Kräften der DVR-Volksmiliz und russischen Soldaten befreit wurde, 25. März 2022

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 27. Mai 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF **220 Ortschaften, einschließlich Krasnyj Liman, befreit** und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt.

10:09 de.rt.com: **Österreich: Massive Arbeitsplatzverluste ohne russisches Gas befürchtet**
Österreich droht eine massive Arbeitslosenwelle, falls kein Gas mehr aus Russland in die Alpenrepublik strömt, warnte der Präsident der österreichischen Industriellenvereinigung Georg Knill. Demnach könnten bis zu 300.000 Menschen im Industriesektor ihre Jobs verlieren.

Das Einstellen der Gaslieferungen werde "massive negative Auswirkungen" mit sich bringen, sagte der Präsident der österreichischen Industriellenvereinigung Georg Knill in der ZiB 2 (ORF) am Mittwoch. Das Land werde dann einen sofortigen Versorgungsnotstand sowie einen Wohlstandsverlust aufgrund der Nichtleistungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft erleben. Auch Arbeitsplätze seien von der Maßnahme betroffen: Laut seinen Schätzungen stünden plötzlich 300.000 Menschen ohne Job da. Knill sprach in diesem Zusammenhang von "Horroszenarien".

Ausgleichsmechanismen, um russisches Gas von einem Tag auf den anderen zu ersetzen, seien gar nicht vorhanden, so Knill. Zwar sei eine Energiewende geplant, aber nicht in einem solchen Eiltempo, sondern bis zu den Jahren 2040 bis 2050. Dass Russland beschließen könne, kein Gas mehr nach Österreich zu liefern, befürchtet er allerdings nicht: "Die Gefahr, dass Russland das Gas abdreht, sehe ich wesentlich geringer, als dass es von der EU-Kommission her ganz klar der Wille ist – wie auch bei Öl –, demnächst Gas aus Russland nicht mehr zu importieren".

Die EU-Kommission hat verkündet, so schnell wie möglich von russischen Energielieferungen loszukommen. Unter anderem schlägt die Kommission der Europäischen Union (EU) vor, den Energieverbrauch bis Ende des Jahrzehnts um mindestens 13 Prozent zu senken, statt – wie bisher vorgesehen – "nur" um 9 Prozent. Zudem sollen 45 Prozent der Energie in der EU bis zum Jahr 2030 aus erneuerbaren Quellen kommen, statt wie bisher geplant 40 Prozent.

Ab Mai müssen die Kunden von russischem Gas ihre Rechnungen in Rubel bezahlen. Das Verfahren sieht vor, dass Importeure bei der russischen Gazprombank ein Konto eröffnen. Nach Angaben Moskaus folgt bisher etwa die Hälfte der Kunden in der EU dem neuen System, demnach auch in Deutschland. Wer ab Mai nicht in Rubel bezahlt, dem werde der Hahn zugedreht. Bisher hat Russland demgemäß bereits seine Gaslieferungen nach Finnland, Polen und Bulgarien eingestellt.

Ob der österreichische Energieriese OMV Rubelkonten bei der russischen Gazprombank eröffnen wird, ist noch unklar. "Wir arbeiten an der Umsetzung einer sanktionskonformen Lösung", hieß es lediglich aus dem Unternehmen, berichtete Der Standard. Vor einem Monat hatte das Unternehmen OMV noch bekräftigt, dass es seine Rechnungen im Einklang mit den EU-Sanktionen bezahlen und sich an die entsprechenden EU-Richtlinien halten werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62906cfa48fbef19d843a20c.jpg>

Dan-news.info: Etwa 5500 Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine haben sich der DVR seit Beginn der Spezialoperation gefangen gegeben, erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin während eines Arbeitsbesuchs in Sneshnoje.

„Was die Zahl betrifft, wenn man von den letzten Einheiten von ‚Asow‘ spricht, die sich in ‚Asowstal‘ gefangen gegeben haben, so sind das 2439 Personen. Und davor waren es etwa 3000 Personen“, sagte Puschilin.

10:30 de.rt.com: **Asia Times: G7-Staaten führen Weltgemeinschaft über drohende Ernährungskrise in die Irre**

In einem von der Zeitung Asia Times veröffentlichten [Meinungsbeitrag](#) hat der Wirtschaftswissenschaftler John Ross den G7-Staaten vorgeworfen, die drohende weltweite Ernährungskrise und ihre Ursachen absichtlich falsch darzustellen.

Ross wies darauf hin, dass die Anzahl der weltweit von Hunger bedrohten Menschen von 27 Millionen im Jahr 2019 auf 44 Millionen gewachsen sei. Die Erklärung der G7-Staaten, dass Russland durch die Blockade der Ausfuhrouten für ukrainisches Getreide die Hauptverantwortung an der Krise trage, sei falsch. Der Wissenschaftler betonte, dass Russland der größte Weizen- und Düngemittelexporteur sei und es daher die antirussischen Sanktionen seien, die die weltweite Ernährungssicherheit am stärksten bedrohten:

"Die G7-Staaten wollen nicht eingestehen, dass Sanktionen gegen Russland eine weit größere negative Auswirkung haben. Ihre Propaganda schadet der Welt immens dabei, die drohende globale Ernährungskatastrophe zu verstehen und zu verhindern."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290828fb480cc1a0e5f671f.jpg>

11:00 de.rt.com: **Streitkräfte von DVR und LVR übernehmen vollständige Kontrolle über Krasny Liman**

Die Einheiten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben mit Feuerunterstützung der russischen Streitkräfte die Stadt Krasny Liman in der DVR vollständig unter ihre Kontrolle gebracht. Dies teilte der territoriale Verteidigungsstab am Freitag auf seinem Telegram-Kanal mit. Insgesamt wurden zum 27. Mai demnach 220 Siedlungen auf dem Gebiet der Volksrepublik befreit.

Der russische Kriegsberichterstatter Alexander Koz [veröffentlichte](#) in seinem Telegram-Kanal eine Luftaufnahme der Stadt.

12:07 (11:07) novorosinform.org: **Die Kiewer Behörden bereiten sich darauf vor, Saporoschje zu übergeben – Rogow**

Der Vertreter des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow sagte, dass ukrainische Beamte nach Fluchtwegen für die Evakuierung aus dem regionalen Zentrum suchten.

Vertreter von Selenskij holten die wertvollsten Dinge aus Saporoschje heraus, erklärte er in einem Interview mit RIA Novosti.

Er fügte hinzu, dass das Thema Evakuierung in der Stadtverwaltung fast rund um die Uhr diskutiert werde. Die ukrainischen Behörden in Saporoschje seien bereits "in den Startlöchern", betonte Rogow.



https://novorosinform.org/content/images/52/95/45295_720x405.jpg

12:32 (11:32) deu.belta.by: **Chef des Ermittlungskomitees: Belarus hätte ein**

Gewaltszenario nie zugelassen

Nach einem aufsehenerregenden Interview mit einem georgischen Scharfschützen bei ONT hat der Leiter des belarussischen Ermittlungskomitees Dmitri Gora dessen Aussagen kommentiert. Ein Sabotageszenario mit dem wahllosen Schießen auf Protestierende und die Polizei, das die US-Geheimdienste nach den Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus planten, hätten die Sicherheitskräfte des Landes nie zugelassen, sagte er.

Im Gespräch mit Marat Markow von der ONT hat er betont, er wolle einfach gar nicht daran denken, dass ein solches Gewaltszenario in Belarus aufgegangen wäre. „Schließlich ist Belarus ein starker Staat. Wir haben einen starken Präsidenten. Selbst theoretisch lasse ich es nicht zu, auch wenn unsere Feinde es für möglich halten“, sagte der Chef des Ermittlungskomitees.

Die Ermittler haben eine Person identifiziert, die extra dafür ausgebildet wurde, Gewalttaten in Belarus zu vollziehen. „Es handelt sich um einen georgischen Scharfschützen. Er wurde als Zeuge vernommen. Im Strafverfahren wegen Verschwörung zur Ergreifung der Staatsmacht und Landesverrat. Wir haben Einzelheiten herausgefunden, um seine Aussagen durch objektive Fakten zu bestätigen. Alles, was diese Person uns erzählt hat, wird objektiv bestätigt. Keine Fakes. Unser ‚Nachteil‘ ist wohl der folgende: Wir versuchen, die Wahrheit zu finden und sie den Menschen zu erzählen. Unsere Gegner und Feinde tun das Gegenteil. Sie verbreiten nur falsche Informationen. Wir geben nur jene Tatsachen bekannt, die wir mehrmals überprüft haben“, sagte Dmitri Gora. „Seit 2019 bereiteten die US-Geheimdienste ähnliche Aktionen vor wie auf dem Maidan in der Ukraine. Das Ziel war, bei Provokationen Menschen zu töten. Dafür wurden Scharfschützen trainiert. Wir wissen, wie das auf dem Maidan war: Die ersten Schüsse fielen, als die Barrikaden errichtet wurden und es zu einer konkreten gewaltsamen Konfrontation kam. Das waren die ersten Opfer. Gott sei Dank haben wir in den ersten Tagen keine Barrikaden zugelassen und Konfrontationen verhindert. Unsere Sicherheitsleute haben hart durchgegriffen und das Gewaltszenario unterbunden. Wäre das nicht passiert, hätte es Opfer gegeben, und zwar Hunderte.“

Viele Fakten, die der breiten Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind, werden später bekannt gegeben. Viele Behörden und Sicherheitsstellen arbeiten eng daran zusammen, Daten und Fakten zu ermitteln und zusammenzufassen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1653644011_60810_big.jpg

11:34 de.rt.com: Griechenland: USA beschlagnahmen mit iranischem Öl beladenen russischen Tanker

USA haben im vergangenen Monat einen mit iranischem Öl beladenen Tanker im russischen Besitz in Griechenland beschlagnahmt. Die Ladung des Öltankers wurde dann auf Ersuchen der USA in einen anderen Tanker umgeladen, bevor dieser in Richtung der USA fuhr. Die USA beschlagnahmten im vergangenen Monat iranisches Öl, das sich auf einem von

Russland betriebenen Tanker in griechischen Gewässern befand. Die Ladung des Öltankers wurde auf Ersuchen der USA in einen anderen Tanker umgeladen, der dann in Richtung USA auslief, [berichtet](#) Reuters.

Es blieb unklar, ob die Ladung beschlagnahmt wurde, weil der Tanker iranisches Öl transportiert hatte oder weil er unter der russischen Flagge fuhr. Die USA haben bekanntlich sowohl Iran als auch Russland mit separaten Sanktionen belegt.

Der Tanker "Pegas" war am 15. April vorübergehend von griechischen Behörden festgesetzt worden, als er vor Karystos anlief. Der Tanker, der am 1. März in Lana umbenannt wurde und seit dem 1. Mai unter iranischer Flagge fährt, befindet sich weiterhin in griechischen Gewässern. Eine Quelle des griechischen Schifffahrtsministeriums sagte am Donnerstag, das US-Justizministerium habe seinerzeit "Griechenland darüber informiert, dass es sich bei der Ladung auf dem Schiff um iranisches Öl handelt". Die griechische [Küstenwache](#) sagte zugleich laut AP, der Tanker sei wegen der durch die "Europäische Kommission" der EU kürzlich verhängten Sanktionen gegen Russland festgesetzt worden.

Zu den Sanktionen des Westens gehören Import- und Exportverbote für eine Vielzahl von Waren und ein Verbot des Zugangs zu EU-Häfen für Schiffe unter russischer Flagge.

Die staatliche iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete am Mittwoch, das Außenministerium habe den Geschäftsträger der griechischen Botschaft in Teheran einbestellt, nachdem die Ladung eines Schiffes beschlagnahmt wurde, welches "unter der Flagge der Islamischen Republik Iran" in griechische Gewässern eingelaufen war.

Das US-Finanzministerium verhängte vor Kurzem weitere Sanktionen gegen russische Firmen und Einzelpersonen, die unter dem angeblichen Verdacht stünden, die Iranische Revolutionsgarde bei der Umgehung von Sanktionen unterstützt zu haben. Der Schritt markierte eine neue Reihe von Strafmaßnahmen gegen die beiden größten Rivalen der USA und verbindet zudem Russlands staatliche Ölgesellschaft mit der Quds-Einheit der Iranischen Revolutionsgarde, die von den USA als "Terrororganisation" eingestuft wurde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629078b548fbef12984bf1a7.jpeg>

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Russische Soldaten im Gebiet Charkow entschärfen 40 Minen täglich**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums werden in den von Russland kontrollierten Teilen des Gebiets Charkow täglich etwa 40 ukrainische Minen entschärft und geräumt. Eine entsprechende Meldung wurde auf dem offiziellen Telegram-Kanal des Ministeriums [veröffentlicht](#). Darin hieß es:

"Angehörige der Pioniertruppen des westlichen Militärdistrikts sind weiterhin dabei, befreite Ortschaften des Gebiets Charkow von Minen und Blindgängern der ukrainischen Streitkräfte zu räumen. Täglich finden und räumen die Pioniere etwa 40 Panzerminen auf Wegen und landwirtschaftlich genutzten Feldern."

12:13 de.rt.com: **Berichte: USA erwägen Lieferung weitreichender Artillerieraketen-Systeme an die Ukraine**

Die USA erwägen angeblich die Lieferung von Artillerie-Systemen mit weitreichenden Raketen an die Ukraine. Das berichtet der US-Sender CNN unter Berufung auf anonyme US-Beamte. Allerdings zögert die Administration des US-Präsident Joe Biden noch.

Die USA überlegen offenbar, der Ukraine moderne Mehrfachraketen-Systeme mit einigen Hundert Kilometern Reichweite bereitzustellen. Das berichtete der US-Sender CNN am Donnerstag unter Berufung auf mehrere US-Beamte. Die Biden-Regierung debattiere demnach darüber, die beiden Systeme im Rahmen ihres nächsten Unterstützungspakets an Kiew zuzusichern.

Hochrangige ukrainische Regierungsvertreter, darunter Präsident Wladimir Selenskij, hatten zuletzt mehrfach von den USA gefordert, der Ukraine das sogenannte Multiple Launch Rocket System (MLRS), ein mobiles Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem, sowie das mit denselben Raketen bestückbare High Mobility Artillery Rocket System ([HIMARS](#)), auf einem leichteren Radfahrzeug, zur Verfügung zu stellen. Die in den USA hergestellten Waffensysteme können Raketen über mehrere Hundert Kilometer abfeuern, heißt es in dem CNN-Bericht.

US-Präsident Joe Biden und seine Kabinettsmitglieder sorgten sich den Informanten zufolge derzeit allerdings, ob die Entsendung von immer schwereren Waffen an die Ukraine von Russland als Provokation aufgefasst werden könne, die Vergeltungsmaßnahmen Moskaus gegen die USA nach sich ziehen könnte.

Ein Hauptproblem, so die Quellen gegenüber CNN, sei die große Reichweite der Raketensysteme. Die von den beiden Waffensystemen abgefeuerten Geschosse, können je nach Art der Munition bis zu 300 km weit fliegen. Sie werden von einem mobilen Fahrzeug aus auf landgestützte Ziele abgefeuert, was es den Ukrainern somit ermöglichen würde, Ziele weit innerhalb Russlands zu erreichen.

Es ist davon auszugehen, dass die Ukraine bereits zahlreiche grenzüberschreitende Angriffe auf Russland durchgeführt hat, was von ukrainischer Seite bislang angeblich weder bestätigt noch dementiert wird. Moskau hatte zuvor mehrfach öffentlich erklärt, dass jede Bedrohung Russlands eine erhebliche Eskalation in dem Konflikt bedeuten würde. "Die Lieferung von Waffen durch westliche Länder an die Ukraine, die in der Lage sind, Angriffe auf russisches Territorium durchzuführen, wird ein Schritt in Richtung einer inakzeptablen Eskalation der Spannungen sein", erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow gegenüber RT Arabia. Die Biden-Administration Sorge sich zudem, ob die USA es sich überhaupt leisten könne, so viele hochwertige Waffen aus den Beständen des US-Militärs abzugeben, heißt es in dem CNN-Bericht weiter. Auf die Frage, ob die USA der Ukraine die Systeme bereitstellen würden, entgegnete US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am Montag bei einer Pressekonferenz lediglich: "Ich möchte dem Prozess der Bedarfsermittlung nicht vorgreifen." Die Debatte über das MLRS ähnelt derjenigen, die geführt wurde, bevor die USA im letzten Monat beschlossen, schwerere Haubitzen mit großer Reichweite in die Ukraine zu schicken. Die Waffenlieferungen konzentrierten sich auf die Panzerabwehrraketen Javelin und die Kurzstrecken-Flugabwehrraketen Stinger sowie auf Kleinwaffen und Munition. Die Haubitzen vom Typ M777 stellten seinerzeit eine erhebliche Steigerung der Reichweite und Leistung im Vergleich zu früheren Systemen dar, aber selbst diese haben nur eine Reichweite von etwa 25 Kilometern.

Abhilfe könne damit geleistet werden, der Ukraine Raketensysteme mit geringerer Reichweite zur Verfügung zu stellen, so die Quellen gegenüber CNN. Dies werde ebenfalls in Erwägung gezogen. Vor jedem Abzug aus den eigenen Waffenbeständen werde allerdings vorab zuerst geprüft, ob die Entnahme mögliche Auswirkungen auf die militärische Einsatzbereitschaft der USA selbst haben könne. Bei den bisherigen Entnahmen von Waffensystemen sei das Risiko

demnach "relativ gering" gewesen, sagte der Vorsitzende des US-Generalstabs General Mark Milley am Montag. Das Militär beobachte "sehr, sehr sorgfältig", um sicherzustellen, dass die Bestände nicht unter ein Niveau sinken, das ein größeres Risiko darstellen könne, fügte er hinzu.

Pentagon-Beamte trafen sich vergangene Woche bereits mit dem CEO von Lockheed Martin, um über die Lieferung und die Produktionssteigerung des MLRS-Systems zu sprechen, sagte eine mit dem Treffen vertraute Quelle gegenüber CNN. Das Treffen fand demnach unter der Leitung eines US-Unterstaatssekretärs für Beschaffung und Instandhaltung, Bill LaPlante, statt. Zwei weitere US-Beamte erklärten CNN zudem, dass auch das Vereinigte Königreich überlege, der Ukraine die beiden Raketenartillerie-Systeme bereitzustellen.

Der demokratische Abgeordnete Jason Crow aus Colorado, der Anfang des Monats an einer Delegationsreise des US-Kongresses nach Kiew teilnahm, hat hingegen keine Bedenken, der Ukraine die beiden Waffensysteme zur Verfügung zu stellen. Im Gespräch mit CNN sagte er, er glaube, dass die Systeme der Ukraine helfen könnten, einen bedeutenden Impuls gegen Russland zu setzen:

"Um ehrlich zu sein, denke ich, dass sie nicht nur für offensive Angriffe, sondern auch für die Verteidigung von entscheidender Bedeutung sein könnten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629080e648fbef061322f5b6.jpg>

12:30 de.rt.com: **Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Donbass-Republiken und der Krim über Melitopol geplant**

Die Stadt [Melitopol](#) im russisch kontrollierten Gebiet Saporoschje soll über ein Eisenbahnnetz mit den Donbass-Republiken und der Krim verbunden werden. Eine entsprechende Erklärung gab der Stellvertreter des Oberhauptes der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets für soziale und humanitäre Fragen, Andrei Trofimow, gegenüber der Nachrichtenagentur TASS ab.

Trofimow führte weiter aus, dass Melitopol über Donezk und Lugansk auch nach Russland eine Eisenbahnverbindung erhalten wird. "Wir verstehen schon, wie die Melitopoler Eisenbahn mit den russischen Eisenbahnen zusammenarbeiten wird. Es gibt eine solche Verbindung über Donezk und Lugansk weiter nach Russland. Das wird den Warenfluss erheblich stärken", sagte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290921148fbef0dff750689.jpg>

13:38 (12:38) deu.belta.by: **Chef des Ermittlungskomitees über Auslieferung von „Geflohenen“**

Jede Person, die ein Verbrechen begangen hat, egal ob gegen den Staat oder eine konkrete Person, muss zur Verantwortung gezogen werden. Das sagte Leiter des belarussischen Ermittlungskomitees Dmitri Gora in einem Interview mit dem TV-Sender ONT.

„Jede Person, die ein Verbrechen gegen den Staat oder eine andere Person begangen hat, soll sich vor dem Gesetz verantworten. So lautet der Grundsatz der Unvermeidbarkeit der Strafe. Belarus braucht diese Verbrecher nicht, aber sie haben sich vor dem Gesetz zu verantworten. Es ist nicht sinnvoll, ihre Auslieferung heute zu fordern. Ich denke, in Zukunft wird jeder für seine Taten zur Verantwortung gezogen werden“, sagte Dmitri Gora.

Auslieferungsanträge an westliche Staaten zu senden sei sinnlos. „Diese Menschen arbeiteten für jene Staaten, wo sie sich gerade befinden. Dies Länder haben kein Interesse daran, diese Personen auszuliefern. Die Auslieferung wird verweigert, die Formulierung lautet: ‚Das widerspricht den litauischen Interessen und stellt eine Bedrohung für nationale Sicherheit dar.‘ Wenn die Absage mit dieser Ausrede erteilt wird, wird man uns wirklich etwas sagen, was ihre Sicherheit bedroht?“, sagte der Vorsitzende des belarussischen Ermittlungskomitees. Der Westen wolle überhaupt nicht hören, was Belarus zu sagen hat. „Viel Lärm wurde um die Landung des Flugzeugs mit Roman Protassewitsch gemacht, viel Lärm wurde auch um die angeblich illegalen Handlungen der belarussischen Behörden gemacht. Das Ziel war unsere Vernichtung und die Vernichtung der belarussischen Wirtschaft. Man wollte, dass wir den Boden unter den Füßen verlieren. Deshalb wird man auf uns nie hören. Wer braucht schon die Wahrheit? Es kamen Experte nach Belarus, sie führten hier Ermittlungen durch. Das Ermittlungskomitee hat alle Dokumente bereitgestellt. Es war offensichtlich, dass alles legitim war. Unsere Anfragen, die wir an viele Staaten gerichtet haben, wurden nicht beantwortet. Wir brauchten neue Informationen, die wir nicht hatten. Aber wir haben keine Antwort bekommen. Nur Schweigen“, so der EK-Chef.

„Wir haben in einer Dokumentation darüber berichtet, wie der Westen gegen Belarus gearbeitet hat. Der Westen hat unsere Verräter benutzt. Er arbeitete gleichzeitig auf mehreren Feldern. Alles wurde von westlichen Geheimdiensten kontrolliert: Medien, Finanzierung. Das haben wir alles gezeigt. Aber wir müssen ganz deutlich sagen, dass unsere Verräter für die westlichen Geheimdienste arbeiteten. Vom Standpunkt des Gesetzes sind das kriminelle Handlungen, aber auch Landesverrat. Landesverrat ist eines der schwersten Verbrechen in Belarus. Das Ermittlungskomitee hat entsprechende Strafverfahren eingeleitet. Wir haben die Menschen als Verräter bezeichnet. Und tatsächlich sind sie es“, resümierte Dmitri Gora.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1653649144_60812_big.jpg

13:59 (12:59) novorosinform.org: **Der Bürgermeister von Dnepr kritisierte die Informationspolitik Kiews und beleidigte Arestowitsch**

Der Bürgermeister ukrainischen Stadt Dnepr (russ. Dnepropetrowsk), Boris Filatow, kritisierte in seinem Telegram-Kanal den Berater des ukrainischen Präsidenten Alexej Arestowitsch und nannte Kiews Informationspolitik "für Idioten bestimmt".

Filatow nannte Arestowitsch ein „sprechendes Arschloch“ des Präsidialamtes der Ukraine, der vor ein paar Wochen „Damen im Alter von Balzac“ beruhigte und über das bevorstehende Ende der Feindseligkeiten sprach. Filatow bemerkte, dass nicht viel Zeit vergangen sei, und jetzt erkläre Arestowitsch bereits, dass die Situation an den Fronten "schrecklich" sei.

Darüber hinaus kritisierte Filatow die Informationspolitik Kiews und sagte, dass "dies ist ein Haufen Mist, der für Idioten und nicht für eine Nation freier Menschen bestimmt ist".



https://novorosinform.org/content/images/53/09/45309_720x405.jpg

14:15 (13:15) novorosinform.org: **Ukrainische Militäreinrichtungen in der Region Saporoschje werden an Russland übergeben**

Militärstützpunkte und andere Infrastruktureinrichtungen auf dem Territorium der Region Saporoschje werden der Russischen Föderation überlassen.

Alle militärischen Einrichtungen in der Region werden der russischen Armee und der Nationalgarde übergeben. Dies erklärte der stellvertretende Leiter der Hauptverwaltung des Innenministeriums des Gebiets Saporoschje Alexej Seliwanow.

Ihm zufolge werde die Ukraine sie nicht mehr brauchen. Seliwanow fügte hinzu, dass das russische Militär die Sicherheit der Bewohner der Region Saporoschje gewährleisten und

garantieren werde, dass das Kiewer Regime der Zivilbevölkerung keinen Schaden zufügen könne.



https://novorosinform.org/content/images/53/12/45312_720x405.jpg

13:30 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik meldet 125 tote Zivilisten in 100 Tagen**

In den vergangenen 100 Tagen sind auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk 125 Zivilisten, darunter vier Kinder, durch ukrainischen Beschuss getötet worden. Dies meldete die Nachrichtenagentur TASS unter Verweis auf Vertreter der Republik. Weitere 578 Zivilisten, darunter 46 Kinder, seien verwundet worden.

Die DVR erklärte weiter, dass ukrainische Streitkräfte seit Beginn der Eskalation das Gebiet der Republik insgesamt 3.322 Mal unter Beschuss genommen und dabei über 30.000 Projektile abgefeuert hätten. In 3.025 Fällen seien schwere Waffen zum Einsatz gekommen. Dabei seien 3.663 Wohnhäuser und 771 Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt worden.

14:30 de.rt.com: **Lawrow: Westen hat der russischen Welt "totalen Krieg" erklärt**

Die westlichen Staaten machen keinen Hehl daraus, dass sie Russland den "totalen Krieg" erklärt haben, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow bei einer Sitzung des Rates der Chiefs der Subjekte der Russischen Föderation am Freitag. Der Diplomat übte auch harsche Kritik an der gegen Russland gerichteten Kultur der Abschaffung, die mittlerweile im Westen herrsche. Lawrow sagte:

"Wie wir gerade bemerkt haben, hat der Westen uns, der gesamten russischen Welt, den totalen Krieg erklärt. Heute verheimlicht dies niemand mehr, es wird immer absurder, bis hin zur Kultur der Abschaffung Russlands und all dessen, was mit unserem Land verbunden ist. Unter Verbot stehen die Klassiker: Tschaikowski, Dostojewski, Tolstoi, Puschkin. Auch die einheimischen Kultur- und Kunstschaaffenden, die unsere Kultur heute repräsentieren, werden verfolgt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290a93148fbef0b8c3def16.jpg>

14:50 (13:50) de.rt.com: **Kreml: Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine auf Beschluss der ukrainischen Seite eingefroren**

Die Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, wonach die Gespräche mit Russland zur Beendigung des Ukraine-Konflikts notwendig seien, die russische Seite diesen aber angeblich ausweichen würde, sind widersprüchlich und zeugen von der Weigerung der ukrainischen Regierung, den tatsächlichen Stand der Dinge einzusehen. Dies teilte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Freitag gegenüber Reportern mit. Es sei Kiew, das die Verhandlungen mit Moskau eingefroren habe. Peskow argumentierte:

"Erstens sind die Verhandlungen jetzt auf Beschluss und in Übereinstimmung mit der von der ukrainischen Seite gewählten Linie eingefroren, was in krassem Gegensatz zu den erwähnten Äußerungen von Selenskij steht. Zweitens gibt die ukrainische Führung ständig widersprüchliche Erklärungen ab, die es nicht erlauben zu verstehen, was die ukrainische Seite will und ob sie bereit ist, eine nüchterne Haltung einzunehmen und den wahren Stand der Dinge zu erkennen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290bc3948fbef0fe50ba99e.jpg>

15:10 (14:10) novorosinform.org: **Die Behördender DVR begannen im befreiten Swetlodarsk zu arbeiten**

Der Leiter der Verwaltung von Debaltsewo, Igor Sacharewitsch, sagte, dass die

republikanischen Sozialdienste in Swetlodarsk, das wieder unter die Kontrolle der DVR stehe, ihre Arbeit aufgenommen hätten.

Die Sozialdienste der DVR hätten bereits begonnen im befreiten Swetlodarsk zu arbeiten, was die Zahlung von Gehältern, Renten und Sozialleistungen an die Anwohner ermöglichen werde, teilte der Bürgermeister von Debaltsewo, Igor Sacharewitsch, dem Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“ mit.

Er fügte hinzu, dass auch die Versorgungsunternehmen so weit wie möglich an die Arbeit gehen sollten. Die Arbeiter des Wohnungsbaus und der kommunalen Dienstleistungen hätten damit begonnen, die Ordnung in der Stadt wiederherzustellen, erklärte Sacharewitsch.



https://novorosinform.org/content/images/53/18/45318_720x405.jpg

15:30 (14:30) novorosinform.org: **In der Ukraine wurde ein Verfahren gegen den Generalstaatsanwalt der LVR eingeleitet**

Von der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine der Kollaboration angeklagt, drohen ihm 15 Jahre Gefängnis. Der Name des Verdächtigen wird von der ukrainischen Behörde nicht genannt.

Nach Angaben des Pressedienstes der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine wurde von der Staatsanwaltschaft der Stadt Kiew ein Verfahren wegen Kollaborationsaktivitäten gegen einen Einwohner von Lugansk eröffnet.

„Den Ermittlungen zufolge hat der Verdächtige freiwillig die Position des Generalstaatsanwalts in der „LVR-Staatsanwaltschaft“ übernommen, die illegal im vorübergehend besetzten Gebiet der Region Lugansk geschaffen wurde“, heißt es in einer Nachricht auf dem Telegram-Kanal der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine.

Es sei darauf hingewiesen, dass der Name des Verdächtigen aus dem Bericht nicht hervorgeht, Sergej Gorenko jedoch derzeit das Amt des Generalstaatsanwalts der LVR innehat.



https://novorosinform.org/content/images/53/22/45322_720x405.jpg

14:34 de.rt.com: **Irakisches Parlament verbietet Normalisierung der Beziehungen zu Israel**

Alle anwesenden Abgeordneten im irakischen Parlament stimmten am Donnerstag einstimmig dem Gesetzesentwurf gegen eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel zu. Abertausende Iraker feierten dieses neue Gesetz auf den Straßen von Bagdad. Die USA werfen Irak die "Förderung des Antisemitismus" vor.

Alle anwesenden Abgeordneten im irakischen Parlament stimmten am Donnerstag dem Gesetzesentwurf gegen eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel zu. Jegliche Verbindungen zu Israel sind danach ebenfalls verboten und können mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden. Die Bestimmung gilt nicht nur für Iraker im In- und Ausland, sondern auch für ausländische Institutionen, Firmen und Privatpersonen, die im Irak tätig sind. Nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfs riefen Abgeordnete im Sitzungssaal Parolen zur Verurteilung Israels.

Der einflussreiche schiitische Geistliche Muqtada as-Sadr rief seine Anhänger nach der Abstimmung auf, in den Straßen des Landes zu feiern.

Der Block von as-Sadr hatte bei der Parlamentswahl im Oktober die meisten Sitze gewonnen. Seine Fraktion brachte auch den Gesetzentwurf zum Verbot der Normalisierung der Beziehungen zu Israel in das Parlament ein. Die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes sei nicht nur ein Sieg für das irakische Volk, sondern auch für die Helden in Palästina und die Hisbollah-Bewegung im Libanon, sagte der irakische schiitische Abgeordnete Hassan Salim. Die USA äußerten sich "zutiefst beunruhigt" über den jüngsten Schritt des irakischen Parlaments. "Neben der Gefährdung der Meinungsfreiheit und der Förderung des Antisemitismus" stehe dieses Gesetz im Gegensatz zu den "Fortschritten", die einige Nachbarn Iraks bei der Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel erzielt hätten, sagte der Sprecher des Außenministeriums Ned Price in einer Erklärung.

Israel hatte während der Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident seine Beziehungen zu vier arabischen Staaten normalisiert. Neben den Vereinigten Arabischen Emiraten sind dies Bahrain, der Sudan und Marokko. Die Palästinenser hatten seinerzeit diese Abkommen als "Verrat" an der palästinensischen Sache verurteilt. Die arabischen Staaten hatten bislang mehrheitlich den Ansatz verfolgt, die Lösung des Konflikts mit den Palästinensern zur Bedingung für eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel zu machen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290954448fbef061322f5d1.jpg>

16:05 (15:05) novorosinform.org: **Westliche Investoren werden ihr Kapital nicht aus Russland abziehen können, bis die Sanktionen aufgehoben sind – Siluanow**

Anleger aus unfreundlichen Staaten werden ihr Vermögen nicht aus der Russischen Föderation herausholen, solange antirussische Sanktionen in Kraft sind, sagte Finanzminister Anton Siluanow.

Siluanow erklärte, um das Verbot des Kapitalexports durch ausländische Investoren aus Russland aufzuheben, müssten die westlichen Führungen die Reserven der Russischen Föderation freigeben und die antirussischen Sanktionen aufheben.

„Die Beschleunigung der Weltinflation ist darauf zurückzuführen, dass gedankenlos Geld in die Volkswirtschaften der westlichen Länder gepumpt wurde“, sagte der Leiter des russischen Finanzministeriums.

Der Ökonom ist der Ansicht, dass Russland jetzt Exporteure unterstützen sollte, während die Importe geschlossen werden.



https://novorosinform.org/content/images/53/26/45326_720x405.jpg

15:20 de.rt.com: **Johnson räumt russischen militärischen Fortschritt ein und nennt Putin ein "Krokodil"**

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg hat Großbritanniens Regierungschef Boris Johnson die Verschiebung der militärischen Lage in der Ukraine zugunsten Russlands eingeräumt. Johnson zufolge machen russische Truppen "langsame, aber offensichtliche Fortschritte".

Dennoch sprach sich Johnson gegen eine diplomatische Lösung des Konflikts aus und erklärte in Bezug auf Russlands Präsidenten Wladimir Putin:

"Wie kann man mit einem Krokodil verhandeln, das gerade dabei ist, dein linkes Bein zu fressen? Dem Kerl ist absolut nicht zu trauen."

Der britische Premier forderte weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, darunter auch Mehrfachraketenwerfer. Einen Einsatz des britischen Militärs bei der Minenräumung von ukrainischen Häfen schloss Johnson allerdings aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290a32948fbef45810340ef.jpg>

16:30 (15:30) novorosinform.org: **Die ukrainische Seite bestätigte die Zerstörung des Trainingsgeländes der Nationalgarde bei Dnepropetrowsk**

Russische Truppen töteten zehn ukrainische Kämpfer bei einem Raketenangriff auf die Nationalgarde bei Dnepropetrowsk, sagte Gennadi Korban, Chef der Verteidigung der Stadt. Darüber hinaus wurden 35 weitere durch das Iskander-Raketensystem zu verletzt.

„Eine Iskander-Rakete ist heute Morgen auf dem Trainingsgelände der Nationalgarde eingeschlagen. Es gibt Tote, etwa 10 Menschen und 30 bis 35 Menschen wurden verletzt“, sagte Korban.



https://novorosinform.org/content/images/53/29/45329_720x405.jpg

16:34 (15:34) novorosinform.org: **Kissingers Daten auf "Mirotworez" veröffentlicht**

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger wurde in die Liste der Feinde Kiews „eingetragen“ und Informationen über ihn wurden auf der berühmten „Friedensstifter“-Website veröffentlicht.

Die Nationalisten stellten Kissinger eine eigene Seite auf "Mirotworez" zur Verfügung, weil er die Ukraine wiederholt aufforderte, den Konflikt auf diplomatischem Wege zu lösen, indem sie die Verhandlungen mit Russland wieder aufnimmt.

Auf der Website heißt es, Henry Kissinger sei Teilnehmer an einer „russischen Informations-Sonderoperation“ gewesen und auch „ein Komplize bei den Verbrechen der russischen Behörden gegen die Ukraine und ihre Bürger“.

So würdigten ukrainische Nationalisten den Rat des amerikanischen Diplomaten an Kiew, Gebiete an Russland abzutreten, um den Frieden wiederherzustellen.



https://novorosinform.org/content/images/53/30/45330_720x405.jpg

16:36 (15:36) novorosinform.org: **Truppen der LVR haben den Streitkräften der Ukraine bei Sewerodonezk alle Fluchtwege abgeschintten – Marotschko**

Andrej Marotschko, Vertreter der Volksmiliz der LVR, erklärte, dass die Volksmiliz das gesamte Territorium der Republik kontrolliere.

Die Streitkräfte der LVR marschierten in Sewerodonezk ein, der Rückzug der ukrainischen Truppen wurde abgeschnitten sagte Marotschko gegenüber dem „Perwy Kanal“, [berichtet](#) RIA Novosti.

Er erklärte, dass es in Sewerodonezk nur drei Brücken gebe, über die die Streitkräfte der Ukraine abziehen könnten. Eine von ihnen wurde zerstört, der zweite hielte schwerem Gerät nicht stand und der dritte werde von den LVR-Kämpfern kontrolliert.

Marotschko fügte hinzu, dass die Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine gezwungen seien, ihre Waffen niederzulegen, sonst würden sie liquidiert. Nach Angaben des Offiziers kontrolliere die Volksmiliz der LVR nun das gesamte Territorium der Republik und die Logistik der ukrainischen Truppen.



https://novorosinform.org/content/images/53/31/45331_720x405.jpg

16:00 de.rt.com: **Russland weist fünf kroatische Diplomaten aus**

Fünf Mitarbeiter der kroatischen Botschaft in Moskau sind im Rahmen einer Antwortmaßnahme auf eine Ausweisung russischer Diplomaten aus Zagreb zu Personae non gratae erklärt worden, wie aus einer Erklärung des russischen Außenministeriums hervorgeht. Darin heißt es weiter:

"Dem Botschafter der Republik Kroatien in der Russischen Föderation Tomislav Čar wurde

entschiedener Protest übergeben im Zusammenhang mit grundlosen Versuchen der kroatischen Regierung, Russland die Schuld für Kriegsverbrechen in der Ukraine anzulasten, und mit der Erbringung militärischer Hilfe an das neonazistische Kiewer Regime."

Am 11. April hatte Zagreb 24 Mitarbeiter der russischen Botschaft des Landes verwiesen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290ab80b480cc33507cba9a.jpg>

16:45 de.rt.com: **Bericht: Bewohner von Mariupol erhalten erste von Asow beschlagnahmte Autos zurück**

Die von der Donezker Volksrepublik eingesetzte Verwaltung von Mariupol hat begonnen, die von ukrainischen Truppen beschlagnahmten Autos an die Einwohner zurückzugeben. Darüber berichtete der russische Kriegsberichterstatler Alexander Sladkow auf [Telegram](#).

Während der Belagerung von Mariupol sollen Angehörige des neonazistischen Regiments Asow und anderer ukrainischer Einheiten zahlreiche Zivilfahrzeuge von den Einheimischen gewaltsam beschlagnahmt haben. In dem von Sladkow geteilten Video zeigt ein Mann seinen ausgeschlachteten Lastwagen, den er von der Polizei der DVR zurückerhielt. Das Auto sei ihm am 7. März von Asow-Kämpfern unter Erschießungsandrohungen abgepresst worden. Sladkow zufolge wurden bereits über 60 Autos ihren ursprünglichen Besitzern zurückgegeben. Die Arbeit werde allerdings dadurch erschwert, dass an vielen Fahrzeugen mittlerweile die Kennzeichenschilder fehlen. Die Polizei der DVR versuche gegenwärtig mit Hilfe der Stadtbewohner, auch beschädigte und zerstörte Fahrzeuge zu erfassen.

17:48 (16:48) [novorosinform.org](#): **Ukrainische Kämpfer wurden wegen Kapitulationsplänen hingerichtet**

An den ehemaligen Positionen der Nationalisten wurden Leichen von Kämpfern gefunden, die von ihren Kollegen gefesselt und erschossen wurden, weil sie versucht hatten, ihre Waffen niederzulegen, berichtete Reporter Andrej Rudenko.

Während der Offensive entdeckten die russischen Truppen die von den Kämpfern hinterlassenen Stellungen, in deren Nähe die Leichen ukrainischer Soldaten lagen. Ihnen wurden die Hände gefesselt und in den Hinterkopf geschossen.

Andreji Rudenko erklärte, dass die hingerichteten Militanten sich den russischen Truppen ergeben wollten, aber ihre „Brüder aus dem nationalistischen Bataillon“ ließen sie dies nicht tun und töteten sie.



https://novorosinform.org/content/images/53/37/45337_720x405.jpg

17:57 (16:57) novorosinform.org: **Ukrainische biologische Laboratorien waren Teil des Pentagon-Systems – russisches Verteidigungsministerium**

Das russische Verteidigungsministerium analysiert weiter Dokumente über die militärisch-biologischen Programme Washingtons und seiner Verbündeten in der Ukraine.

Das russische Verteidigungsministerium bestätigte, dass die ukrainischen Biolabors Teil des Pentagon-Systems zur Kontrolle der Ausbreitung von Infektionskrankheiten seien. Dies teilte der Chef der Strahlen-, chemischen und biologischen Schutztruppen der Streitkräfte der Russischen Föderation, Igor Kirillow, mit, [schreibt](#) RIA Novosti.

Er fügte hinzu, dass Russland Informationen über vom Pentagon in der Ukraine organisierte militärisch-biologische Projekte habe. Dazu gehörten Arbeiten mit Erregern besonders gefährlicher Infektionen. Kirillow stellte fest, dass die Vereinigten Staaten und die Ukraine der UNO keine Daten zur gemeinsamen Bioforschung vorgelegt haben.

Während des Briefings präsentierte Kirillow Dokumente, die die Organisation der Arbeit des Pentagon, vertreten durch das US-Verteidigungsministerium für Bedrohungsreduzierung, mit militärisch-biologischem Schwerpunkt bestätigen.



https://novorosinform.org/content/images/53/39/45339_720x405.jpg

18:00 (17:00) novorosinform.org: **Es gibt keine Einigung über die Lieferung von schwerem Gerät an die Ukraine - tschechisches Verteidigungsministerium**

Die tschechische Verteidigungsministerin Jana Černochova sagte, ihr seien keine Vereinbarungen mit Kiew über die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine bekannt.

Černochova erklärte dies während einer Pressekonferenz, die nach Abschluss der Verhandlungen mit dem slowakischen Verteidigungsminister Jaroslav Nagy stattfand, teilt

RIA Novosti mit.

"Ein solches Abkommen gibt es nicht, zumindest weiß ich nichts darüber. Wenn eine solche Idee aufkäme, würde die Tschechische Republik sie nicht unterstützen", sagte Černochova. Auch der Chef des slowakischen Verteidigungsministeriums bestätigte die Worte seiner tschechischen Amtskollegin und sagte, dass er auch nichts von der Existenz von Vereinbarungen über Waffenlieferungen gehört habe.

Zuvor waren in den Medien Informationen über einen Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgetaucht, der über informelle Vereinbarungen zwischen NATO-Staaten berichtete, bestimmte Arten von schwerem Militärgerät nicht nach Kiew zu liefern.



https://novorosinform.org/content/images/53/40/45340_720x405.jpg

18:05 (17:05) novorosinform.org: **Der Westen ist in Gefahr, wenn Russland in der Ukraine Erfolg hat – Truss**

Wenn russische Truppen in der Ukraine gewinnen, können sich die europäischen Länder niemals sicher fühlen, sagte die britische Außenministerin Liz Truss.

Truss sagte auch, dass der Westen den Sieg Kiews "im großen Freiheitskampf" garantieren müsse. Darüber sprach sie heute während einer Rede in der Hauptstadt der Tschechischen Republik.

Als Ergebnis ihrer Rede warf Liz Truss der russischen Führung Aktionen vor, die sich nicht nur gegen die Menschen in der Ukraine, sondern auch gegen die "Freiheit, Souveränität und Rechtsstaatlichkeit" westlicher Länder richten.



https://novorosinform.org/content/images/53/41/45341_720x405.jpg

17:14 de.rt.com: **EU setzt Russlands Zugang zum Austausch von Kriminalitätsdaten aus**

Die Europäische Union (EU) hat Berichten zufolge offenbar einseitig das gemeinsam mit Russland betriebene Programm zum Austausch von Drogenverkehrsdaten ausgesetzt. Interpol setzt die Zusammenarbeit mit Moskau bei der Strafverfolgung hingegen weiter fort.

Die Europäische Union hat nach Angaben des russischen Außenministeriums offenbar das gemeinsame Programm zum Austausch von Drogenverkehrsdaten (EBDD) mit den russischen Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt. Das berichtet die russische Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf den Stellvertretenden Außenminister Russlands Oleg Syromolotow. "Die Europäische Union hat die Expertenkontakte und den Datenaustausch mit uns im Rahmen der EBDD einseitig ausgesetzt", erklärte Syromolotow am Donnerstag der TASS.

"Die jährliche OSZE-weite Anti-Drogen-Konferenz wurde auf unbestimmte Zeit verschoben", ergänzte er. Der Schritt sei kontraproduktiv, da er unweigerlich dazu führe, dass Drogenhändler ungestraft agieren können, wenn ein Land von der Größe Russlands aus dem Programm ausgeschlossen wird. Syromolotow wörtlich:

"Es spielt den Drogenhändlern in die Hände, die die Unstimmigkeiten zwischen den Ländern ausnutzen, um die illegalen Drogenlieferungen nach Europa noch zu steigern."

Es sehe eher so aus, als ob die NATO-Mitgliedsländer nach ihrem überstürzten Rückzug aus Afghanistan mit diesem Schritt nun versuchen, die Verantwortung für die Probleme, die sie in den 20 Jahren ihrer Präsenz in dem Land geschaffen haben, auf andere Länder abzuwälzen, sagte der Diplomat mit Blick auf die seit der Besetzung der NATO förmlich aufblühende Drogenproduktion in Afghanistan.

Die Zusammenarbeit zwischen Russland und Interpol als einer internationalen kriminalpolizeilichen Organisation zur Stärkung der Zusammenarbeit nationaler Polizeibehörden geht hingegen uneingeschränkt weiter. Die Identifizierung, Untersuchung und Verhinderung schwerer Kriminalität in ganz Europa und Asien sei ein großer Teil der täglichen Arbeit des Nationalen "Zentralbüros (NZB) von INTERPOL in Moskau", heißt es auf der Website von Interpol. Ferner wird auf die Bedeutung der russischen Strafverfolgungsbehörden bei der Verfolgung internationaler Kriminalität verwiesen:

"Die weltweiten Aktivitäten des NZB im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit konzentrieren sich auf die für Russland vorrangigen Kriminalitätsbereiche; dazu gehören der Terrorismus, die organisierte Kriminalität – insbesondere die Drogen- und Finanzkriminalität – und die damit verbundenen internationalen Ermittlungen gegen flüchtige Personen. Auch die Cyberkriminalität ist ein neuer Kriminalitätsbereich, der Anlass zur Sorge gibt."

In Anbetracht der sich rapide verschlechternden diplomatischen Beziehungen zum Westen könnte allerdings auch diese Zusammenarbeit bald enden.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 26. Mai 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol eine weitere Basistation in Betrieb genommen und einen Kommunikationskanal im Hafen der Stadt eingerichtet.

In Donskoje wurde eine Postfiliale eröffnet.

In 6 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialleistungen ausgezahlt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 13 Hektar Territorium kontrolliert und 168 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 5370 humanitäre Pakete ausgegeben. Nach Wolnowacha wurden 24 Flaschen Flüssiggas geliefert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:40 de.rt.com: **Über 1.000 Strafverfahren wegen Verbrechen ukrainischer Militärs eingeleitet**

Der Pressedienst des russischen Ermittlungskomitees hat bekannt gegeben, dass über 1.000 Strafverfahren wegen Verbrechen ukrainischer Militärangehöriger eingeleitet worden seien. Ermittelt werde unter anderem gegen bereits festgenommene Angehörige nationalistischer Formationen, denen die Einrichtung von Kampfstellungen in zivilen Objekten und Verbrechen gegen die eigene Zivilbevölkerung vorgeworfen wird. Laut TASS heißt es diesbezüglich in der Presseerklärung des Komitees:

"Befragungen von kapitulierten ukrainischen Nationalisten bestätigten, dass seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation die ukrainischen Militärs Feuerstellungen bezogen, die auf Objekten der zivilen Infrastruktur eingerichtet wurden. [...] Es ist anzumerken, dass die Grausamkeiten der Nationalisten gegen die Zivilbevölkerung oft durch die Einnahme von chemischen Mitteln zur Moralsteigerung bedingt sind."

Des Weiterhin wies das Komitee darauf hin, dass ihm Namen von Leitern der Haftanstalten in den Städten Kiew, Poltawa, Nikolajew, Charkow, Winniza, Dnepropetrowsk und Sumy vorliegen, in denen russische Kriegsgefangene gefoltert worden seien.

17:45 de.rt.com: **Konfrontation: Peking wirft US-Außenminister "Verleumdung Chinas" vor**

In einer Rede soll der US-Außenminister Peking verleumdet haben, so das chinesische Außenministerium. Blinkens Auftritt zeige Washingtons Bestreben, "Chinas Entwicklung einzudämmen und zu unterdrücken". Hierdurch wollten die USA die eigene Hegemonie bewahren.

Am Freitag hat das chinesische Außenministerium den Außenminister der Vereinigten Staaten Antony Blinken wegen "Verleumdung des Landes" scharf angegriffen. Blinken hatte Maßnahmen gefordert, um ein Gegengewicht zum wachsenden globalen Einfluss Pekings zu schaffen.

Am Vortag hatte Blinken in einer 45-minütigen Ansprache Bedenken über Chinas "Absicht, die internationale Ordnung umzugestalten" geäußert. Die Rede des Ministers wurde unter Politikern und Experten als die bisher umfassendste Erklärung der US-Regierung zu China wahrgenommen. Der US-Außenminister erklärte:

"China ist das einzige Land, das sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung neu zu gestalten, als auch in zunehmendem Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, dies zu tun."

"Pekings Vision würde uns von den universellen Werten abbringen, die in den vergangenen 75

Jahren einen Großteil des weltweiten Fortschritts ermöglicht haben."

Blinken forderte die internationale Gemeinschaft auf, den Status quo zu verteidigen und die Beziehungen zu Peking "mit mehr Realismus" anzugehen.

Dabei beschuldigte Blinken China, die Spannungen in Bezug auf Taiwan zu schüren. Peking warf er vor, "Taiwans Beziehungen zu Ländern auf der ganzen Welt abzuschneiden und es an der Teilnahme an internationalen Organisationen zu hindern".

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin erklärte jedoch, Blinken "verbreitet falsche Informationen, übertreibt die Bedrohung durch China, mischt sich in Chinas innere Angelegenheiten ein und verleumdet Chinas Innen- und Außenpolitik".

Wang stellte klar, dass China Blinkens Rede entschieden zurückweise. Diese zeige den Wunsch Washingtons, "Chinas Entwicklung einzudämmen und zu unterdrücken sowie die Hegemonie und Macht der USA aufrechtzuerhalten".

Anfang der Woche hatte US-Präsident Joe Biden unerwartet angekündigt, dass die USA im Falle einer chinesischen Invasion Taiwans militärisch intervenieren würden, was unter Vertretern Chinas für große Empörung sorgte. Allerdings korrigierten mehrere US-Beamte umgehend Bidens Aussage und bestanden darauf, dass die Worte des US-Präsidenten keine Änderung der seit langem bestehenden Anerkennung der "Ein-China-Politik" durch die USA darstellen, die Chinas Souveränität über Taiwan bestätigt.

In einer Ansprache am Donnerstag versuchte Blinken erneut, Bidens Aussage klarzustellen und bekräftigte, dass die USA Taiwans Unabhängigkeit nicht anerkennen. Er äußerte die Hoffnung, dass die Differenzen zwischen Taiwan und China "mit friedlichen Mitteln gelöst werden".

Allerdings betonte Blinken auch, dass sich die Politik der USA nicht geändert habe, "wohl aber Pekings wachsende Zwangshandlungen". Er warf China eine "provokative Rhetorik und Aktivität" gegenüber Taiwan vor und verwies auf angebliche Verletzungen des taiwanischen Luftraums durch chinesische Militärflugzeuge.

Anfang des Monats hatte Taipeh Peking vorgeworfen, 18 Militärflugzeuge, darunter zwei nuklearfähige Bomber der chinesischen Luftwaffe, seien in die taiwanische Luftverteidigungszone eingedrungen. Blinken erklärte, diese Aktionen seien "zutiefst destabilisierend" und bedrohten den Frieden und die Stabilität in der Straße von Taiwan.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-

134310637&id=456254077&hash=250de60cb6cfa08e" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456254077

18:49 (17:49) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **In der Ukraine wurde ein Offizier festgenommen, weil er sich über die Notlage der Armee beschwert hatte**

Sergej Lapko, Kommandeur des 5. separaten Schützenbataillons der Streitkräfte der Ukraine, der der Washington Post ein Interview gab, wurde nach der Veröffentlichung des Artikels entlassen und festgenommen.

Bevor Lapko von den Streitkräften der Ukraine entlassen wurde, waren ihm nach Angaben der Veröffentlichung 120 Personen unterstellt.

"Unser Kommando übernimmt keine Verantwortung. Sie würdigen unsere Leistungen nur. Sie unterstützen uns nicht", beklagte Lapko.

Nach der Entlassung von Lapko wurde der Zugführer Oberleutnant Witali Chrus zum Kommandeur ernannt, der dieser Veröffentlichung auch ein Interview gab.

Ukrainische Soldaten sagten, dass ihre Schießausbildung mit einem AK-47-Maschinengewehr nur eine halbe Stunde dauerte habe und nur 30 Patronen für die Ausbildung verwendet wurden, da sie laut Kommando sehr teuer seien. Sie beschwerten sich auch über die Bewaffnung, darunter Gewehre, Handgranaten und nur ein paar Granatwerfer.

Die Militärs beschwerten sich auch über die mangelnde Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser, was sie zwang, sich mehrere Tage lang mit einer Kartoffel pro Tag zu begnügen. Lepko erklärte, dass die Evakuierung der Verwundeten sehr langsam sei und daher viele Soldaten an ihren Wunden starben, ohne zu den Ärzten zu gelangen. Nach dem Interview mit Lapko und Chrus waren mehrere Stunden vergangen, und ukrainische Militärsicherheitsbeamte trafen in dem Hotel ein, in dem sie wohnten. Die Sicherheitskräfte nahmen mehrere Personen ihrer Einheit fest und beschuldigten sie der Fahnenflucht, nachdem Lapko entlassen und festgenommen wurde. Derzeit wird er in der Basis in Lisitschansk festgehalten.



https://novorosinform.org/content/images/53/45/45345_720x405.jpg

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 27.05.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 260 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden 4 Zivilisten verletzt. 21 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 37 ukrainische Nationalisten, 3 Panzer, einen Schützenpanzer und 8 Feuerpunkte des Gegners vernichtet. 2 Schützenpanzer, 3 Schützenpanzerwagen und ein Panzer wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in der letzten Woche 23 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 125 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 29. März 2022 wurde bei der Ausführung einer Kampfaufgabe zur Befreiung von Mariupol im Verantwortungsbereich der Einheit unter Kommando von Leutnant Alexej

Gennadijewitsch Solotuchin von einer Gruppe von Nationalisten der Versuch unternommen eine Umzingelung zu durchbrechen. Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Gegners gewährleistete Leutnant A.G. Solotuchin eine operative und fachkundige Führung der Kampfhandlungen und Leitung der Einheit. Dank seiner Fertigkeiten und sachkundigen Führung wurde der Durchbruch der Nationalisten gestoppt, während des Kampfes wurden 2 Fahrzeuge des Gegners und 12 Nationalisten vernichtet, die Gruppe von Leutnant A.G. Solotuchin kam ohne Verluste aus dem Kampf und setzte die Ausführung der Aufgaben zur Befreiung von Mariupol fort.

19:31 (18:31) novorosinform.org: **Die Türkei kündigte den Abbruch der Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland an**

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu sagte, im russisch-ukrainischen Verhandlungsprozess sei die Diskussion um einen Waffenstillstand in den Hintergrund getreten, es gehe nur noch um den Austausch von Gefangenen. Nach Angaben des türkischen Ministers stagniert der Dialog zwischen den Ländern, da die Ukraine eine vollständige Einstellung des Verhandlungsprozesses angekündigt hat. Gleichzeitig stellte er fest, dass es einen Kampf "vor Ort" gegeben habe, wo der Austausch ukrainischer Militärs gegen russische, die auf beiden Seiten gefangen seien, diskutiert werde. Er fügte hinzu, dass der Verhandlungsprozess über einen Waffenstillstand nun ausgesetzt sei und auf der allgemeinen Tagesordnung in den Hintergrund getreten sei.



https://novorosinform.org/content/images/53/47/45347_720x405.jpg

18:45 de.rt.com: **Premierminister Mischustin: Inflation in Russland auf niedrigstem Stand seit 1999**

Den jüngsten Statistiken zufolge ist die Inflationsrate in Russland seit Anfang Mai praktisch zum Stillstand gekommen, teilte der russische Regierungschef Michail Mischustin am Freitag während seiner Rede zu den Superfinalisten des IV. Wettbewerbs "Führer Russlands" in Moskau mit. Demnach erreichte sie in den ersten 20 Tagen des Monats den niedrigsten Stand seit dem Jahr 1999. In der vergangenen Woche verzeichneten die Analytiker sogar eine Deflation, so Mischustin.

Trotz der Wirtschaftsschwankungen, die durch die westlichen Russland-Sanktionen ausgelöst wurden, habe es in Russland keinen Einbruch der Produktion und keinen explosionsartigen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben, betonte der Premierminister ferner. Es sei auch gelungen, eine Warenknappheit zu vermeiden. Mischustin wies indessen auf die Notwendigkeit hin, dem Handel und der Industrie unter den gegenwärtigen Umständen die Möglichkeit zu geben, sich an die neuen logistischen und finanziellen Bedingungen

anzupassen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290c33d48fbef0fe50ba9b8.jpg>

18:56 de.rt.com: **Russland: Mindestens vier US-Biolabore in Nigeria, dem Ursprungsland der Affenpocken**

Das russische Verteidigungsministerium hat bekannt gegeben, dass die USA in Nigeria mindestens vier Biolabore betreiben. Dies ist insofern von besonderem Interesse, als die Affenpocken ihren Ursprung in diesem Land haben.

Wie bereits bekannt ist, wurden die Affenpocken von Nigeria aus in andere Teile der Welt eingeschleppt. Nun tauchen aber in diesem Zusammenhang neue Informationen auf. So sollen die USA in dem westafrikanischen Staat mindestens vier Biolabore betreiben. Dies teilte Igor Kirillow, Leiter der nuklearen, chemischen und biologischen Kräfte des russischen Militärs, mit. Wörtlich hieß es:

"Einem WHO-Bericht zufolge soll der westafrikanische Stamm des Affenpocken-Erregers aus Nigeria gekommen sein, einem weiteren Staat, in dem die USA ihre biologische Infrastruktur aufgebaut haben. Nach den vorliegenden Informationen gibt es in Nigeria mindestens vier von Washington kontrollierte Biolabore."

Kirillow erinnerte auch an einen "seltsamen Zufall", der von Experten überprüft werden müsse:

"Europäischen und US-amerikanischen Medienberichten zufolge sei auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2021, das heißt vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie, ein Szenario zur Bekämpfung des Ausbruchs eines neuen Stamms des Affenpockenvirus besprochen worden."

Der ranghohe Militär forderte die WHO angesichts zahlreicher Verstöße gegen die Biosicherheit in den USA und der nachlässigen Lagerung pathogenen Biomaterials auf, die von den USA finanzierten nigerianischen Labore in Abuja, Zaria und Lagos zu untersuchen und die Weltgemeinschaft über ihre Erkenntnisse zu informieren.

Igor Kirillow fügte hinzu, das Verteidigungsministerium sei sich dessen bewusst, dass bisher 98 Prozent der Betroffenen homosexuelle Männer über 20 Jahren seien. Er wies zudem darauf hin, dass David Herrmann, der frühere Leiter der Notfallabteilung der WHO, in einem Interview erklärt habe, dass die Hauptursache für die Verbreitung der Krankheit ihre sexuelle Übertragung sei.

Am 20. Mai legte eine Untersuchungskommission des russischen Parlaments, die Unterlagen über die Arbeit der US-Biolabore in der Ukraine sichtete und analysierte, neue Daten vor. Den Dokumenten zufolge sollen die USA bereits in der Ukraine an der Forschung von Ebola- und Pocken-Erregern in den Laboren beteiligt sein. Dies bekräftigte wiederum das besondere Interesse der USA an diesen Viren. Allerdings sind die betreffenden Stämme für die Ukraine

typischerweise nicht endemisch.

Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor mehrmals darauf hingewiesen, dass die USA Biolabore in der Ukraine betrieben haben. Russland könne dies mit entsprechenden Fakten belegen. Dazu zählen unter anderem Fälle der gezielten Infizierung mit Tuberkulose sowie eine verdeckte Cholera-Forschung. Darüber hinaus bestätigte dies auch Ex-US-Präsident George W. Bush dank eines Tricks der russischen Prankster Wowan und Lexus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290f261b480cc659169d30c.jpg>

19:15 de.rt.com: **Internationale Eishockey-Föderation schließt Russland und Weißrussland von Weltmeisterschaft 2023 aus**

Die Internationale Eishockey-Föderation (IIHF) hat die Nationalauswahlen Russlands und Weißrusslands von der Teilnahme an der Weltmeisterschaft 2023 ausgeschlossen. Dies gab der Pressedienst des Verbandes am Freitag bekannt. Die Entscheidung sei auf die aktuelle Lage in der Ukraine zurückzuführen, hieß es. Mit derselben Begründung wurden die Mannschaften beider Länder auch bereits des diesjährigen Turniers verwiesen.

Zuvor hatte die IIHF Russland das Recht zur Ausrichtung der Weltmeisterschaft 2023 entzogen und eine Verlegung des Turniers in ein anderes Land beschlossen. Dieses sollte ursprünglich vom 5. bis 21. Mai in Sankt Petersburg stattfinden. Als neue Austragungsorte wurden am Freitag das finnische Tampere und das lettische Riga genannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6290d36548fbef12984bf249.jpg>

19:31 de.rt.com: **Mischustin über russische IT-Fachkräfte: 85 Prozent sind aus dem Ausland zurückgekehrt**

Dem russischen Ministerpräsidenten zufolge sind 85 Prozent der IT-Fachleute, die ins Ausland gegangen waren, nach Russland zurückgekehrt. Er wies darauf hin, dass die Behörden grundlegende Unterstützungsentscheidungen getroffen haben, um Fachkräfte in diesem Bereich zu halten.

Die Mehrheit der IT-Fachleute, die Russland zuvor verlassen hatten, sind zurückgekehrt. Dies erklärte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin in seiner Rede vor den Teilnehmern des Superfinales des IV. Leaders of Russia-Wettbewerbs. Zur Situation in der IT-Branche sagte er:

"Ich werde euch sagen, dass heute 85 Prozent zurück sind. Das können wir aus den Informationen von SIM-Karten ersehen."

Der Premierminister wies darauf hin, dass die frühere Entscheidung, diesen Bereich zu unterstützen, grundlegend und sehr wichtig war. Sie wurde sofort getroffen, als die ersten Informationen über die Abreise russischer Spezialisten auftauchten. Es war eine schnelle Entscheidung, jetzt braucht Russland Lösungen für die Zukunft, betonte Mischustin.

Im März berichtete die russische Zeitung Kommersant, dass zwischen dem 24. Februar und dem 15. März die Zahl der freien IT-Stellen im öffentlichen Sektor im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 100 Prozent gestiegen ist.

Nachdem die russische Regierung Ende Februar eine spezielle Militäroperation in der Ukraine eingeleitet hatte, kündigte sie Unterstützungsmaßnahmen für IT-Spezialisten an. Im April wurden die Einzelheiten bekannt: Gewährung von Vorzugshypotheken (mit einem jährlichen Zinssatz von höchstens fünf Prozent) und Zurückstellung von der Armee (für Absolventen im IT-Bereich und in Unternehmen dieser Branche). Es wurden auch andere Maßnahmen vorgeschlagen, um die Zahl der IT-Beschäftigten zu erhöhen: insbesondere die Einstellung ausländischer Fachkräfte im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens und die Einstellung von Strafgefangenen mit Erfahrung in diesem Bereich, wobei sich die letztgenannte Idee noch im Stadium der Ausarbeitung befand.

Anfang Mai veröffentlichte der Förderale Sicherheitsdienst Russlands Daten über die Zahl der Auslandsreisen von Russen im ersten Quartal 2022. Demnach reisten 3,88 Millionen russische Bürger ins Ausland – 36 Prozent weniger als im letzten Quartal 2021, aber 46 Prozent mehr als von Januar bis März letzten Jahres. Mitte Mai erklärte der Leiter des russischen Ministeriums für digitale Wirtschaft, Maksut Schadajew, dass etwa 80 Prozent der Inhaber von SIM-Karten russischer Mobilfunkbetreiber, die Russland nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine verlassen hatten, in das Land zurückgekehrt seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6290f35db480cc65a64116ff.jpg>

19:54 (18:54) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine griffen das Dorf Swatowo in der LVR mit einer Totschka-U-Rakete an. Es gibt Tote und Verletzte**

Die Generalstaatsanwaltschaft der LVR berichtete über den Beschuss des Dorfes Swatowo durch bewaffnete Formationen der Ukraine mit dem Raketensystem Totschka-U. Zwei Menschen starben und acht wurden verletzt.

Das berichtete der Telegram-Kanal „RT auf Russisch“.

„Ukrainische Truppen haben das Dorf Swatowo in der LVR mit dem taktischen Raketensystem Totschka-U angegriffen, wodurch zwei Menschen starben und acht weitere verletzt wurden“, zitiert der Kanal den Text der Nachricht.

Informationen über Zerstörungen infolge des Beschusses der Streitkräfte der Ukraine und den Zustand der Verletzten sind noch nicht eingegangen.



https://novorosinform.org/content/images/53/49/45349_720x405.jpg